

Aktuelle Chronik

**Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Dezember 1971
bis 29. Februar 1972**

UWE G. FABRITZEK

Die vorliegende Chronik soll in ihrer neuen Form einen doppelten Zweck erfüllen: neben der umfassenden Information über alle relevanten Ereignisse im asiatischen Raum sollen die einzelnen Daten und Fakten quellenmäßig belegt werden, um so über die aktuelle Information hinaus auch zu einer Art Nachschlagewerk für Interessierte wie Fachleute zu werden.

Die verwendeten Quellen sind größtenteils die Nachrichtenagenturen der einzelnen Staaten und werden, soweit sie öfters vorkommen, nur abgekürzt verwendet. Im Einzelfall wird zusätzlich auf Hintergrundnachrichten und weiterführende Darstellungen verwiesen.

In dieser ersten Chronik in der neuen Fassung erschien es zudem zweckmäßig, den Hintergrund der einzelnen Meldungen zu relevanten Ereignissen auszuleuchten, um damit gleichzeitig eine Grundlage für die weiteren Berichte zu schaffen, die entsprechend knapp sein werden.

An eine Aufnahme von Dokumenten ist prinzipiell nicht gedacht, da dadurch der Umfang der Chronik den Rahmen des verfügbaren Raumes sprengen würde, doch bestimmt auch hier die Ausnahme die Regel – wie das Kommuniké zwischen China und den USA im vorliegenden Fall.

Der Berichtszeitraum umfaßt jeweils drei Monate, in diesem Falle die Zeit vom 1. Dezember 1971 bis 29. Februar 1972.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in drei Teile – Ost-, Südost- und Südasiens – gegliedert, die jeweils in die einzelnen Staaten unterteilt sind. Die Zuordnung der innerasiatisch-außenpolitischen Beziehungen geht jeweils von oben nach unten, das heißt also, daß bei der VR China als erstem Staat sämtliche Beziehungen zu asiatischen Staaten erfaßt sind, bei Ceylon als letztem Staat der Chronik keine Beziehungen zu Asien mehr erwähnt werden. (Die Beziehungen Ceylon/VR China siehe also VR China/Asien, Ceylon/Japan siehe unter Japan/Asien usw.)

Das Schwergewicht der Chronik liegt entsprechend der politischen Bedeutung im asiatischen Raum bei der Volksrepublik China – „um das herum“ die Darstellung der Entwicklung aller anderen Staaten Asiens erfolgt.

Aufgrund der durch die erste Chronik dieser Art bedingten Ausführlichkeit und der Vielfältigkeit der Ereignisse im Berichtszeitraum werden in dieser Folge ausschließlich die beiden chinesischen Staaten behandelt. In Heft 3/72 des IASF wird dann über Gesamtasien – die Ereignisse in Südost- und Südasiens ab 1. Januar – berichtet.

U. G. F.

Abkürzungen

- AFP – Agence France Press
- ATA – Albanian Telegraph Agency
- BTA – Bulgarian Telegraph Agency
- CTK – Československá Tisková Kancelar (Nachrichtenagentur der Regierung der CSSR)
- DPA – Deutsche Presseagentur
- DSB – Department of State Bulletin, Washington

- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung
 FEER – Far Eastern Economic Review, Hongkong
 HNA – Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London
 IAF – Internationales Afrika-Forum, München
 IASF – Internationales Asien-Forum, München
 Isv – Isvestija, Moskau
 JAT – The Japan Times, Tokio
 JMJP – Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking
 KCNA – Korean Central News Agency, Nordkorea
 KMJP – Kuang-min Jih-pao
 KrSv – Krasnaja Svesda, Moskau
 MTI – Magyar Tavisirati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
 ND – Neues Deutschland, Ostberlin
 NZ – Neue Zeit, Moskau
 NZZ – Neue Zürcher Zeitung
 Pr – Prawda, Moskau
 PR – Peking Rundschau, Peking
 RP – Radio Peking
 SCMP – South China Morning Post, Hongkong
 TASS – Nachrichtenagentur der Sowjetunion
 TST – The Straits Times, Manila
 USIS – United States Information Service

A. Ostasien

I. Volksrepublik China

1. Innenpolitik

Soweit aus den – für China-Beobachter gewohnt – spärlichen Nachrichten über die innenpolitischen Vorgänge hervorgeht, schreiten die innere Konsolidierung und der Parteaufbau weiter fort. Die durch das Verschwinden des Verteidigungsministers und Nachfolgers von Mao Tse-tung, Lin Piao, offenkundig gewordenen Differenzen in der Parteiführung wurden indirekt durch eine Reihe von Artikeln der chinesischen Presse bestätigt, in denen beispielsweise der „Untergang und die Vernichtung für Karrieremacher“ angekündigt (JMJP 1. 12. 71), Hinweise auf „diejenigen, die sich in unsere Partei eingeschlichen haben, um Ränke zu schmieden und Unheil zu stiften...“ gegeben wurden (Hung Chi Nr. 13/71) oder auch durch Meldungen über „die Entlarvung von Klassenfeinden in der KP Chinas in hohen Positionen“ (Radio Harbin 13. 12. 71). Lin Piao selbst wurde von chinesischen Nachrichtenmedien mit keinem Wort erwähnt; Ende November berichtete eine französische Nachrichtenagentur nur, daß China befreundete Länder und Parteien dahingehend informiert habe, daß bei Grußbotschaften der Name Lin Piao nicht mehr notwendig sei (AFP, Hanoi, 30. 11. 71) und Anfang Februar wußte der französische Abgeordnete Didier Julia nach einem Chinabesuch zu berichten, daß Lin Piao aus der Führung ausgeschlossen aber am Leben sei (AFP 9. 2. 72).

Die Rolle der Armee wurde durch eine neue Kampagne „zur Stärkung der Einheit zwischen Regierung und Armee“, zum „Lernen von der Armee“ (einschließlich der Vorbereitung für den Krieg) Anfang Januar weiter gefestigt (HNA Nr. 5065, 5. 1. 72) und herausgehoben, was ebenfalls Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führung zur Ursache haben könnte.

Insgesamt waren die Schwerpunkte der innenpolitischen Thematik vor allem die Grundsatzenfragen des Aufbaus und des Funktionierens der Parteiorganisation sowie die Bekämpfung von „Revisionismus und Pseudomarxismus“ in Literatur und Kunst. Die Landansiedlung Jugendlicher (Hsia-fang) war ebenfalls ein häufig erwähntes Problem, dem von Peking große Bedeutung beigemessen zu werden scheint, da darin eine Beeinflussung der Jugendlichen in der Frage nach ihren Idealen und ihrer Zukunft gesehen wird. Dabei kommt dem Verhältnis der auf das Land geschickten Jugendlichen zu ihren Eltern „weit-

reichendste Bedeutung“ zu, weil „jeder Brief, jedes Päckchen, jedes Gespräch ihrer Eltern ein erzieherisches Element . . . ist. Infolgedessen muß die Revolutionierung der Mentalität und Ideologie dieser Eltern energisch angepackt werden“ (KMJP 16., 21., 23. 12. 71).

Personell erfuhr die überalterte Führung durch den Tod des ehemaligen Außenministers Chen Yi am 6. Januar (HNA 10. 1. 72) eine weitere Schwächung, die jedoch insofern nominell ist, als Chen Yi bereits seit der Kulturrevolution nicht mehr amtierte. Die Erwähnung des 86jährigen Tung Pi-wu als „amtierender Vorsitzender der VR China“ am 24. Februar durch die Nachrichtenagentur Hsinhua (HNA Nr. 5115, 24. 2. 72) weist auf die endgültige Ablösung von Liu Shao-chi hin, obgleich der Vorsitzende der VR China verfassungsgemäß nur vom Nationalen Volkskongreß gewählt werden kann (der 1965 letztmalig zusammentrat). Tung Pi-wu war bisher gemeinsam mit Frau Sung Ching-ling, der Witwe Sun Yat-sens, stellvertretender Vorsitzender.

Der Besuch Präsident Nixons scheint bemerkenswerterweise keine innenpolitischen Komplikationen mit sich gebracht zu haben. Wenn man bedenkt, wie energisch Peking noch Ende der fünfziger Jahre gegen jede sowjetisch-amerikanische Annäherung Stellung bezog und mit welcher Konsequenz es seine anti-amerikanische Haltung seit mehr als zwei Jahrzehnten beibehielt, dann ist dies (für westliche Verhältnisse) erstaunlich. Der überraschende Empfang Nixons durch Mao Tse-tung und die Veröffentlichung eines Fotos beider in der Jen-min Jih-pao (JMJP 22. 2. 72, S. 1) sollten sicherlich demonstrieren, daß dieser Besuch von Mao Tse-tung persönlich gutgeheißen wurde. Das Charisma dieser wohl einzigartigen Persönlichkeit dürfte ausgereicht haben – und benutzt worden sein – den außenpolitischen Kurswechsel Chinas zumindest bei den Massen der Bevölkerung zu legitimieren. Dies zeigt auch die Zustimmung, die Nixon und Chou En-lai in Shanghai erhielten, jener „linksorientierten“ Hafenmetropole, von der aus seinerzeit die Kulturrevolution gestartet wurde und in der (deshalb?) auch das chinesisch-amerikanische Kommuniqué zum Abschluß des Nixonbesuchs veröffentlicht wurde.

2. Wirtschaftspolitik

Nach mehreren Jahren des Schweigens über die Wirtschaftsentwicklung Chinas wurden Anfang 1972 erstmalig wieder Daten über die Jahresbilanz 1971 veröffentlicht. Danach wurde 1971 (im ersten Jahr des vierten Fünf-Jahr-Plans) eine Übererfüllung der Planziele erreicht. In der *Landwirtschaft* soll zum zehnten Male hintereinander – trotz zahlreicher Naturkatastrophen – eine gute Ernte eingebracht worden sein. Außerdem wurde eine weitere Ertragssteigerung sowohl nach dem Gesamtvolumen als auch nach dem pro Mu-Ertrag (15 Mu = 1 ha) gemeldet, sowie Fortschritte auf dem Gebiet des Ackerbaus, der Viehzucht, der Fischerei und der Forstwirtschaft. Große Bedeutung wurde der Selbstversorgung der einzelnen Provinzen zugemessen, wobei Hopeh, Honan und Shantung 1971 dieses Ziel erreicht haben. Insgesamt wurden 1971 etwa 246 Mio. t Getreide erzeugt, die Zahl der Schweine lag um 14 Prozent höher (HNA Nr. 5061, 1. 1. 72). Ein Rekordergebnis wurde über Erdbewegungen im Rahmen von Wasserbau, Umwandlung von Berg- in Ackerland und Melioration von Sand- und Salzboden gemeldet: in gut einem Jahr wurden fünf Milliarden Kubikmeter Steine und Erde bewegt. In der Provinz Honan sollen 1971 über 510 000 Bewässerungsanlagen errichtet worden sein, so daß trotz einer viermonatigen Dürre der Getreideertrag um sechs Prozent im Vergleich zu 1970 stieg. In ländlichen Gebieten wurden „im Vertrauen auf die eigene Kraft“ kleine Eisen- und Stahlwerke, Kohlenbergwerke, Betriebe der Buntmetallindustrie sowie Zementfabriken errichtet und eine Vielzahl von Landmaschinen und Geräten hergestellt.

Auch in der *Leichtindustrie* wurde der Jahresplan „im großen und ganzen übererfüllt“. Die Produktion von Baumwollgarn, Baumwollstoff, Jutesäcken, Papier, Zucker, Tabak und Glühbirnen wurde 1971 im Vergleich zu 1949 um das drei- bis dreißigfache gesteigert, die von Fahrrädern um mehr als das zweihundertsechzigfache. Auch in Nordostchina, ursprünglich Zentrum der Schwerindustrie (wie Shenyang, Anshan, Fushon), wurde eine eigene Leichtindustrie „in Anfängen“ erstellt. In der Provinz Liaoning werden über 7500 Arten von industriellen Bedarfsgütern hergestellt.

Für den *Maschinenbau* wurde für 1971 eine Steigerung der Bruttoproduktion im Vergleich zu 1970 um 18 Prozent gemeldet, wobei die Steigerung bei der Landmaschinenproduktion 21 Prozent, die von Bergwerksanlagen 62 Prozent beträgt. In mehr als 96 Prozent der Kreise im ganzen Land wurden Betriebe für die Herstellung und Reparatur von Landmaschinen eingerichtet, mehr als zwanzig der Provinzen sind in der Lage „handgesteuerte Traktoren und Kraftmaschinen“ herzustellen.

Die *Spareinlagen* haben sich ebenfalls „in bedeutendem Maße gesteigert“, in den ländlichen Gebieten im Vergleich zu 1965 um 59 Prozent, in der Umgebung von Peking um 68 Prozent, in der Provinz Chekiang sogar um 84 Prozent, jeweils im Vergleich zu 1970. (Alle Angaben sowie weitere Einzelheiten vgl. PR Nr. 1/72.)

In der *Erdölproduktion* wurde bereits Ende November 1971 die „vollständige Autarkie unseres Landes in allen Erzeugnissen der Erdölindustrie verwirklicht“ (JMJP 25. 11. 71). Weiteren Angaben zufolge wurde die Produktion von Rohöl um 28 Prozent, die von Erdgas um 25 Prozent gegenüber 1970 erhöht (HNA Nr. 5070, 10. 1. 72). Die größten Raffinerien befinden sich in Lanchow (Kapazität etwa drei Mio. t), Shanghai (Kapazität etwa zwei Mio. t), weitere in Dairen, Taching, Yumen, Tushantze.

Die *Stahlerzeugung* betrug 1971 21 Mio t (18 Prozent Steigerung), die Produktion von Roheisen erhöhte sich um 23 Prozent, die von Kohle um 8 Prozent, von Zement um 16,5 Prozent, von Bergbauausrüstungen um 68,8 Prozent (HNA Nr. 5061, 1. 1. 72). Die Wachstumsraten bei Walzstahl betragen 19,1 Prozent, bei Roheisen 22,1 Prozent (NZZ 1. 1. 72).

Für die *Kraftstromerzeugung* wurde der Jahresplan ebenfalls vorfristig erfüllt, wobei eine Steigerungsrate von 18 Prozent gegenüber 1970 erzielt wurde (JMJP 8. 1. 72).

Verkehrswesen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1971 wurden 85 Prozent mehr Straßen asphaltiert als 1970, wobei 1970 die Gesamtlänge des Straßennetzes das 8,5fache der Zeit „vor der Befreiung“, die Zahl der zivilen Motorfahrzeuge das zehnfache betrug. Mehr als 70 Prozent der Volkskommunen und mehr als die Hälfte der Produktionsbrigaden können jetzt von Motorfahrzeugen erreicht werden. Seit 1966 wurden mehr als 100 000 km Überlandstraßen gebaut, wobei Gebirgsgebenden bevorzugt waren. So wurden in der Provinz Kwangtung allein 12 000 km Straßen während der Kulturrevolution gebaut, die Provinzen Shansi, Honan und Hopeh haben ihr Straßennetz in dieser Zeit um 30 bis 40 Prozent ausgeweitet (alle Angaben: HNA Nr. 5054, 23. 12. 71). Der zivile Luftverkehr verfügt nach Ansicht westlicher Experten über 350 bis 500 Flugzeuge, die größtenteils aus der Sowjetunion stammen und veraltet sind. 1971 schloß Peking einen Vertrag mit der britischen Firma Hawker über die Lieferung von sechs Maschinen ab, die 1974 geliefert werden sollen; zwei gleichartige Maschinen wurden 1970 von Pakistan gekauft. Außerdem wurden in der Sowjetunion fünf Langstreckenmaschinen vom Typ „Iljuschin 62“ bestellt, zwei davon im Dezember 1971 geliefert. Bisher hat China Flugverbindungen mit der Sowjetunion, der Mongolischen VR, Nordvietnam und Nordkorea, außerdem wird China von der „Air France“ und den „Pakistan Airlines“ angeflogen (alle Angaben: AFP, 8. 2. 72).

Wohnungsbau und Sozialwesen. Die Informationen über diesen Bereich sind ebenfalls sehr gering, doch geht aus einer Meldung von Ende Februar hervor, daß allein in Peking seit 1949 fast 20 Mio. qm Wohnungen neu bzw. umgebaut wurden.

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens soll es im Nordwestteil Pekings „Dutzende von Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten“ geben, dazu in allen Wohnvierteln Grund- und Mittelschulen. Die Zahl der Krankenhäuser hat sich im Vergleich zu 1949 mehr als verdoppelt, außerdem wurde eine Vielzahl von Theatern, Vergnügungsclubs, Sportplätzen, Parks usw. errichtet, nicht zu vergessen die Restauration von mehr als siebzig alten Palästen ... (Radio Peking 22. 2. 72).

Kernenergie. Auf diesem Gebiet sind die von China veröffentlichten Daten besonders spärlich. Der 13. Atomwaffentest am 7. Januar deutet auf eine forcierte Entwicklung taktischer Atomwaffen für Kurz- und Mittelstreckenraketen hin. Nach amerikanischen Messungen handelt es sich dabei um eine relativ kleine Bombe von 20 KT, was etwa der Größe der Bombe auf Hiroshima entspricht. Peking selbst spielt seinen atomaren Fortschritt bewußt herunter und führt nach eigenen Angaben „nur notwendige und beschränkte Atomversuche aus ... um das nukleare Monopol und die nukleare Erpressung der Supermächte zu brechen“. Nach Schätzungen verfügt China bisher über 20 bis 25 Mittelstreckenraketen mit Atomköpfen und über etwa 30 Mittelstreckenbomber mit einer Reichweite von 2500 km.

Außerdem soll an einem Atomunterseeboot gebaut werden. Ebenfalls nach amerikanischen Angaben wird China bis 1975 etwa 80 bis 100 Mittelstreckenraketen an seinen Grenzen in Silostellungen verfügbar haben (FAZ 10. 1. 72). Anderen Angaben zufolge soll China außerdem über ein neues Kampfflugzeug von Typ „F-9“ mit doppelter Schallgeschwindigkeit verfügen und etwa 80 Stück davon einsatzbereit haben. Die Maschinen werden in der Fabrik Chen Yang hergestellt, seit April 1971 etwa zehn monatlich (Air Actualités Nr. 1/1972).

3. Außenpolitik

Vereinte Nationen. Die Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen durch den Beschluß der Vollversammlung vom 25. Oktober war für diese Organisation in mehrfacher Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Nicht nur, daß damit ein offensichtlicher „Nachholbedarf“ in bezug auf die Anerkennung Pekings zum Ausdruck kam – viel entscheidender dürfte sein, daß sich die Machtverhältnisse in diesem Gremium durch die Anwesenheit Pekings entscheidend verändert haben. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion müssen seither Pekings Politik in ihr politisches Kalkül mit einbeziehen, womit die nach Pekinger Sprachgebrauch bestehende „Zweiteilung der Welt“ gebrochen wurde. In bezug auf das Verhältnis zur Sowjetunion bedeutet die Mitgliedschaft Pekings in der UNO einen deutlichen Schritt zur Emanzipation, die China bislang versagt geblieben war. Die Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau in den Vereinten Nationen gewinnt damit weltpolitische Dimensionen und erschwert die Politik der Sowjetunion die bisher allein das Wort in den Vereinten Nationen hatte. Daß China sich dabei nicht nur als Fürsprecher der Entwicklungsländer und der Dritten Welt betrachtet, sondern sich selbst auch als Entwicklungsland bezeichnet, als Vorstreiter im „Kampf gegen den Imperialismus und den alten und den neuen Kolonialismus“ (Radio Peking 30. 11. 71) trägt nur zur Stärkung Pekings bei. Ein Beispiel für die gewandelte Szenerie in den Vereinten Nationen gab die lebhaft und hitzige Diskussion um den Pakistankonflikt im Dezember 1971, die wegen der zutage tretenden Differenzen zwischen Peking und Moskau einerseits, Washington und Moskau andererseits praktisch zur Beschlußunfähigkeit des Sicherheitsrates geführt hatte.

Auch in anderer Hinsicht wurde Peking in der UNO aktiv: so wurde China eine maßgebliche Rolle bei der Wahl des neuen Generalsekretärs Waldheim zugesprochen, die nur durch die Zurücknahme des chinesischen Vetos ermöglicht wurde. Daneben vollzieht sich schrittweise die Aufnahme Chinas in die Unterorganisationen der UNO, wobei von Peking der Ausschluß Nationalchinas zur Voraussetzung gemacht wird. Mit Nachdruck wird auch die Einstellung des Entwicklungsprogramms der UNO für Nationalchina gefordert (HNA Nr. 5075, 15. 1. 72), der schließlich Anfang März auch stattgegeben wurde. Am 26. Januar wurde Peking Mitglied der Weltgesundheitsorganisation (WHO) (Reuter 26. 1. 72), am 24. Februar das der Internationalen Meteorologischen Körperschaft (JAT 26. 2. 72), wohingegen die Teilnahme an der Kommission der Friedensbeobachter in der UNO von Peking abgelehnt wurde. Darüber hinaus wird China auch an den großen internationalen Konferenzen der einzelnen Unterorganisationen teilnehmen, so an der dritten Sitzung der UNCTAD vom 3. April bis 19. Mai in Santiago de Chile (JAT 6. 2. 72) und an der Konferenz für Umweltschutz, die vom 5. bis 16. Juni in Stockholm stattfinden wird.

Daneben hat Peking sein aktives Interesse an einer „gerechten Mitgliederverteilung“ in den einzelnen Ausschüssen der Vereinten Nationen bekundet, da die bisherige Zusammensetzung „nicht der Realität der immer größeren Rolle der Länder Afrikas und Lateinamerikas“ entspreche (Radio Peking IS 11. 1. 72). Inwieweit China hier seine Vorstellungen durchsetzen wird, ist nicht absehbar, zweifellos aber laufen diese Bestrebungen auf eine Schwächung des Einflusses Amerikas und der Sowjetunion hinaus. Gegenüber dem Generalsekretariat hat Peking insofern vorgesorgt, als es seinen Beitrag für 1972 pünktlich zahlte – ein in dieser Organisation offensichtlich seltener Vorgang.

a) Volksrepublik China/Amerika

Nordamerika

USA. Das hervorragende Ereignis im Berichtszeitraum überhaupt war der Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, in der Volksrepublik China. Dieser Besuch war durch die sogenannte Ping-Pong-Diplomatie des Frühjahrs 1971 eingeleitet worden und bedeutet einen grundsätzlichen Wandel im Verhältnis zwischen China und Amerika.

Die Politik der USA gegenüber der Volksrepublik China war bislang von einer ausgesprochen Peking-feindlichen Haltung geprägt worden, wohingegen sich die Republik China unter Chiang Kai-shek der nahezu uneingeschränkten Gunst Washingtons rühmen konnte. Das Bündnis zwischen Taiwan und den USA war kurioserweise indirekt auf Initiative Pekings zustande gekommen: nach der Machtübernahme der chinesischen Kommunisten im September 1949 (womit Ende der vierziger Jahre in Ost und West niemand gerechnet hatte) war für die USA und die westliche Welt sowohl der Ausbruch des Korea-Krieges (im Juni 1950) als auch die Niederlage Frankreichs in Indochina (im Mai 1954) als bedrohliche Anzeichen eines sich ausweitenden aggressiven Kommunismus unter chinesischer Führung in Asien gewertet worden. Die durch Artilleriebeschuß Chinas ausgelöste erste Quemoykrise 1954/55 führte zu jenem heute so bedeutungsvollen Verteidigungsabkommen zwischen den USA und der Republik China vom Dezember 1954, nachdem sich Präsident Eisenhower in den Jahren zuvor erfolgreich gegen ein Engagement in Fernost und das dementsprechende Drängen Chiang Kai-sheks gewehrt hatte. Die Entwicklung im Fernen Osten hatte (zusammen mit der Verhärtung der politischen Situation in Europa) in den USA zu einem ausgeprägten Antikommunismus geführt und war kennzeichnend für die ideologische Frontstellung der USA in den fünfziger Jahren.

Die Neuorientierung der China- und Asienpolitik der USA zu Beginn des Jahres 1971 war auf der einen Seite ganz entscheidend vom Wunsch nach Abbau des Engagements in Südostasien bestimmt, während andererseits eine starke innenpolitische Komponente (ein außenpolitischer „Erfolg“ als Auftakt der Präsidentenwahlen im Herbst 1972) mitgespielt haben dürfte. Dabei muß dahingestellt bleiben, inwieweit die Chinapolitik Nixons tatsächlich Erfolge für die Außenpolitik der USA mit sich bringen wird. Vorerst steht lediglich fest, daß zwei Verbündete der USA – Japan und Nationalchina – durch die Politik Nixons brüskiert wurden und langfristig zu den Verlierern der „großen Politik“ gehören (zu Japan vgl. VR China/Japan, zu Taiwan vgl. Republik China). Darüber hinaus zahlte Nixon mit seiner Chinapolitik den Preis eines Vertrauensverlustes – in Asien ebenso wie in anderen Erdteilen mit von den USA abhängigen Staaten. Der Ausschluß der Republik China aus den Vereinten Nationen am 25. Oktober 1971 – mit dem selbst Ministerpräsident Chou En-lai für 1971 noch nicht gerechnet hatte (Sunday Times 5. 12. 71) – trug dazu nicht unwesentlich bei, ganz abgesehen davon, daß diese Entscheidung die Vereinten Nationen diskreditierte und ihren Universalitätsanspruch ad absurdum führte (zu dieser UNO-Entscheidung vgl. die Ausführungen des Verfassers „Peking in der UNO“, IASF Nr. 1/72, S. 79–89).

Die Volksrepublik China mutet auf den ersten Blick als der große Gewinner dieses diplomatischen Spies an. Zweifellos hat Peking erst durch die veränderte Haltung Washingtons jene internationale Anerkennung gefunden, die es bisher vergeblich anstrebte. Doch ganz ohne Risiken ist die neue Politik gegenüber Washington auch für Peking nicht: die offensichtliche Verstimmung in Nordkorea und Nordvietnam über die Kursänderung Pekings kann langfristig eine empfindliche Schwächung des chinesischen Einflusses in diesen Staaten zur Folge haben. Das Verhältnis zwischen China und den Staaten des Sowjetblocks, ganz besonders aber zur Sowjetunion selbst, hat sich seit dem Frühjahr 1971 ganz erheblich verschlechtert und das sowjetische Bemühen, aus der neuen Politik Pekings Vorteile für sich zu ziehen, ist evident (vgl. dazu den Beitrag des Verfassers „Der sino-sowjetische Konflikt und die amerikanisch-chinesische Annäherung“ in diesem Heft). Die nunmehr „abgesicherte“ Position Pekings eben durch die Kontakte mit den USA dürfte aus der Sicht Chinas diese Verschlechterung gegenüber der Sowjetunion – stets als potentieller Angreifer gebrandmarkt – kompensieren.

Der genaue Termin der Reise Nixons wurde am 29. November von den USA bekannt-

gegeben und für die Zeit vom 21. bis 28. Februar 1972 festgelegt (DSB Nr. 1695, 20. 12. 72, S. 705 ff.). Sowohl die USA als auch China bereiteten diesen Besuch auf vielfältige Art und Weise vor: Auf zwischenstaatlicher Ebene wurden von beiden Seiten Zeichen des guten Willens signalisiert – so die Freilassung amerikanischer Staatsbürger aus chinesischer Haft im Dezember 1971 (HNA Nr. 5044, 13. 12. 71), auf amerikanischer durch die Bekanntgabe von Handelserleichterungen gegenüber China, die der Volksrepublik nunmehr jene Bedingungen einräumten, die auch für die Staaten des Sowjetblocks gelten (USIS 14. 2. 72). Die technischen Vereinbarungen, vor allem für die in großem Maßstab geplanten Fernsehübertragungen und den Journalistentroß, der Nixon begleiten sollte, wurden von zwei Vorausdelegationen ausgehandelt, deren erste sich vom 3. bis 10. Januar in China aufhielt, während die zweite am 1. Februar nach Peking reiste und erst mit Nixon zurückkehrte.

Politisch wurde die Reise von Nixon durch zwei große Botschaften an die Nation vorbereitet – die „State of the Union“-Botschaft vom 20. Januar und die „State of the World“-Botschaft, in der Nixon seine Friedenspolitik als Initiativkraft seiner Asienpolitik darstellte. Auch Peking traf politische Vorbereitungen – so wurden z. B. Sicherheitsvorkehrungen getroffen, ein Flugverbot verhängt, die drei Städte, die Nixon besuchen sollte – Shanghai, Kanton und Peking – praktisch mit einem Ausgehverbot belegt und der allgemeine Reiseverkehr nach China nahezu gänzlich gestoppt. Bei den Vorbereitungen des Besuchs fand sich Peking in der schwierigen Situation, einerseits die Bevölkerung nach Jahren heftigster anti-amerikanischer Polemik – die in einzelnen Phasen gegen Nixon direkt gerichtet war – auf dieses Ereignis vorzubereiten, andererseits aber durch eine genau abgestimmte publizistische Kampagne zu versuchen, die befreundeten Staaten – besonders Nordkorea und Nordvietnam – nicht vor den Kopf zu stoßen oder gar den Eindruck hervorzurufen, hinter deren Rücken mit den USA verhandeln zu wollen. In diesem Sinne sind die Angriffe der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua gegen die Botschaften Präsident Nixons zu verstehen – „Botschaft Nixons besteht aus leeren Phrasen“ (HNA Nr. 5086, 26. 1. 72) – wie auch die einzelnen Attacken gegen die Finanz- und Rüstungspolitik der USA (HNA Nr. 5088, 28. 1. 72, JMJP 30. 1. 72) sowie die Attacken gegen die amerikanische Vietnampolitik (JMJP 14. 2. 72).

Nach intensiver Vorbereitung – darunter einem Gespräch mit dem Franzosen A. Malraux – reiste Nixon am 17. Februar über Hawaii und Guam nach China, wo am 21. Februar in Shanghai zum ersten Mal in der Geschichte ein amerikanischer Präsident den Boden der VR China betrat. Nach einem als kühl aber höflich empfundenen Empfang und einem kurzen ersten Gespräch mit Chou En-lai traf Nixon überraschend zu einem Gespräch mit Parteichef Mao Tse-tung zusammen. Über den Inhalt dieses Gesprächs – ebenso wie über die insgesamt fünf Gespräche mit Chou En-lai – wurde nichts bekannt, doch spielten sich die öffentlichen Begegnungen in einer betont freundlichen Atmosphäre ab. Noch während des Banketts am ersten Tage hatte Chou En-lai den Vorschlag gemacht, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu normalisieren und als Grundlage der künftigen Beziehungen die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ (die von China bei der Konferenz von Bandung im Jahre 1955 verkündet worden waren) zu betrachten. Präsident Nixon appellierte an das gemeinsame Ziel – „eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit, in der alle Menschen zusammenstehen können“ – betonte aber auch die bestehenden Differenzen, über die versucht werden solle, „eine Brücke zu schlagen, damit miteinander gesprochen werden“ könne (den Wortlaut der Reden Chou En-lais und Nixons vgl. in PR Nr. 8/72). Neben dem offiziellen Programm der politischen Unterredungen besuchte Nixon auch Sehenswürdigkeiten und künstlerische Veranstaltungen.

Während sich in den Vereinigten Staaten unter dem Eindruck des vom Fernsehen ausführlich publizierten Besuchs Anzeichen einer China-Euphorie zeigten, berichteten die chinesischen Rundfunk- und Pressemedien über Ankunft und Verlauf des Besuchs ausführlich und sachlich – „offene und ernsthafte Gespräche zwischen Präsident Nixon und chinesischen Staatsmännern“ –, wobei auch ein Foto, das Mao Tse-tung und Nixon zusammen zeigt, veröffentlicht wurde (JMJP 22. 2. 72).

Zum Abschluß des Besuchs wurde am 28. Februar in Shanghai ein gemeinsames Kom-muniqué veröffentlicht, das im folgenden im Wortlaut nach der deutschsprachigen Text-version Pekings wiedergegeben wird:

„Auf Einladung des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschou En-lai, statete der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard Nixon, vom 21. bis 28. Februar 1972 der Volksrepublik China einen Besuch ab. In Begleitung des Präsidenten waren Mrs. Nixon, US-Staatssekretär William Rogers, Dr. Henry Kissinger, Assistent des Präsidenten, und andere amerikanische Beamte.

Präsident Nixon kam am 21. Februar mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Tse-tung zusammen. Die zwei führenden Persönlichkeiten hatten einen ernsthaften und freimütigen Meinungsaustausch über chinesisch-amerikanische Beziehungen und internationale Angelegenheiten.

Während des Besuchs fanden zwischen Präsident Nixon und Ministerpräsident Tschou En-lai umfassende, ernsthafte und freimütige Diskussionen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China sowie über andere beide Seiten interessierende Probleme statt. Außerdem hielten Staatssekretär William Rogers und Außenminister Dji Peng-fe im gleichen Geiste Unterredungen ab.

Präsident Nixon und seine Begleitung besuchten Peking und besichtigten kulturelle, industrielle und landwirtschaftliche Einrichtungen, sie besuchten auch Hangdschou und Schanghai, wo sie mit chinesischen führenden Persönlichkeiten weitere Diskussionen führten und ähnliche Einrichtungen besichtigten.

Die führenden Persönlichkeiten der Volksrepublik China und der Vereinigten Staaten von Amerika fanden es nutzbringend, diese Gelegenheit zu haben, nach so vielen Jahren ohne Kontakt einander freimütig ihre Ansichten über verschiedene Fragen darzulegen. Sie hielten Rückblick auf die internationale Lage, in der wichtige Veränderungen und große Umwälzungen vor sich gehen, und legten jeweils ihren Standpunkt und ihre Einstellung dar.

Die chinesische Seite erklärte: Wo immer Unterdrückung herrscht, dort gibt es Widerstand. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, das ist die unaufhaltsame Strömung der Geschichte geworden. Alle Länder, ob groß oder klein, müssen gleichberechtigt sein; große Länder dürfen nicht die kleinen und starke nicht die schwachen tyrannisieren. China will niemals eine Supermacht sein, und es bekämpft Hegemonie und Machtpolitik jeder Art. Die chinesische Seite brachte zum Ausdruck, daß sie alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem Kampf um Freiheit und Befreiung entschlossen unterstützt und daß die Völker aller Länder das Recht haben, ihre Gesellschaftsordnungen nach ihren eigenen Wünschen zu wählen, sowie das Recht, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des eigenen Landes zu verteidigen und Aggression, Einmischung, Kontrolle und Subversion von außen her zu bekämpfen. Alle ausländischen Truppen sollten in ihre eigenen Länder zurückgezogen werden. Die chinesische Seite drückte ihre entschlossene Unterstützung aus für die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha, in deren Streben nach Erreichung ihres Ziels, ihre entschiedene Unterstützung für den Sieben-Punkte-Vorschlag der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam und die Erläuterung vom Februar dieses Jahres über die zwei Schlüsselprobleme in diesem Vorschlag sowie für die Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas. Sie unterstützt entschieden das von der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea am 12. April 1971 unterbreitete Acht-Punkte-Programm für die friedliche Vereinigung Koreas und deren Eintreten für die Abschaffung der ‚UNO-Kommission für die Einigung und Rehabilitation Koreas‘. Sie bekämpft entschieden die Wiederbelebung des japanischen Militarismus und dessen Expansion nach außen hin und unterstützt entschieden das Verlangen des japanischen Volkes nach dem Aufbau eines unabhängigen, demokratischen, friedlichen und neutralen Japan. Sie tritt entschieden dafür ein, daß Indien und Pakistan entsprechend den UNO-Resolutionen über die Indien-Pakistan-Frage unverzüglich alle ihre Truppen auf das jeweilige Territorium und auf ihre eigene Seite der Feuereinstellungslinie in Jammu und Kaschmir zurückziehen müssen, sie unterstützt entschlossen die Regierung und das Volk Pakistans in deren Kampf zur Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität und die Bevölkerung in Jammu und Kaschmir in ihrem Kampf um das Selbstbestimmungsrecht.

Die US-Seite erklärte: Frieden in Asien und in der übrigen Welt erfordert Bemühungen um die Minderung der gegenwärtigen Spannungen wie auch um Beseitigung der Grund-

ursachen von Konflikten. Die Vereinigten Staaten werden auf einen gerechten und gesicherten Frieden hinarbeiten; gerecht, weil er das Verlangen der Völker und Länder nach Freiheit und Fortschritt erfüllt; gesichert, weil er die Gefahr der Aggression von außen her beseitigt. Die Vereinigten Staaten unterstützen die individuelle Freiheit und den sozialen Fortschritt aller Völker der Welt, frei von Druck oder Intervention von außen her. Die Vereinigten Staaten glauben, daß die Bemühungen um die Minderung von Spannungen dadurch gefördert werden, die Verbindungen zwischen Ländern unterschiedlicher Ideologien zu verbessern, so daß die Gefahren einer Konfrontation infolge von Zufällen, Fehlschlüssen oder Mißverständnissen vermindert werden. Die Länder sollten einander mit gegenseitiger Achtung behandeln und zu friedlichem Wettbewerb gewillt sein, wobei den Leistungen das letzte Urteil überlassen bleiben sollte. Kein Land darf Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben, und jedes Land sollte bereit sein, sein eigenes Verhalten im Interesse des Gemeinwohls erneut zu überprüfen. Die Vereinigten Staaten betonen nachdrücklich: Es sollte den Völkern Indochinas erlaubt sein, ihr eigenes Schicksal ohne Intervention von außen her zu bestimmen; das ständige Hauptziel der Vereinigten Staaten ist eine Lösung durch Verhandlungen gewesen; der am 27. Januar 1972 von der Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten unterbreitete Acht-Punkte-Vorschlag bietet eine Basis zur Erreichung dieses Ziels; in Ermangelung einer durch Verhandlungen herbeigeführten Regelung beabsichtigen die Vereinigten Staaten, in Übereinstimmung mit dem Ziel der Selbstbestimmung für jedes Land Indochinas, alle US-Truppen aus diesem Gebiet endgültig abzuziehen. Die Vereinigten Staaten werden ihre engen Verbindungen mit der Republik Korea aufrechterhalten und sie weiterhin unterstützen; die Vereinigten Staaten werden die Bemühungen der Republik Korea um Minderung der Spannungen und Vermehrung der Verbindungen auf der koreanischen Halbinsel unterstützen. Die Vereinigten Staaten legen höchsten Wert auf ihre freundschaftlichen Beziehungen mit Japan; sie werden die bestehenden engen Bande weiterentwickeln. In Einklang mit der Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 21. Dezember 1971 sind die Vereinigten Staaten für die Fortsetzung der Feuereinstellung zwischen Indien und Pakistan und für den Abzug aller militärischen Kräfte auf das eigene Territorium und auf die eigene Seite der Feuereinstellungslinie in Jammu und Kaschmir; die Vereinigten Staaten unterstützen das Recht der Völker Südasiens, ihre eigene Zukunft in Frieden zu gestalten, frei von militärischer Bedrohung, ohne ihr Gebiet Objekt von Großmachtrivalität werden zu lassen.

In ihrer Gesellschaftsordnung und Außenpolitik weisen China und die Vereinigten Staaten wesentliche Unterschiede auf. Aber die zwei Seiten stimmten darin überein, daß sich Länder, ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung, in ihren Beziehungen nach den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, des Nichtangriffs gegen andere Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz verhalten sollen. Internationale Streitigkeiten sollten auf dieser Grundlage geregelt werden, ohne sich der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu bedienen. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China sind bereit, diese Prinzipien auf ihre gegenseitigen Beziehungen anzuwenden.

In Anbetracht dieser Prinzipien internationaler Beziehungen erklärten die zwei Seiten:

- Fortschritte in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten liegen im Interesse aller Länder;
- beide wünschen, die Gefahr internationalen militärischen Konflikts zu vermindern;
- keine der zwei Seiten sollte Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum anstreben, und jede der beiden ist gegen Bestrebungen seitens irgendeines anderen Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie herzustellen;
- keine der zwei Seiten ist bereit, im Namen irgendeiner dritten Seite Verhandlungen zu führen oder mit der Gegenseite Vereinbarungen oder Verständigungen zu erreichen, die gegen andere Staaten gerichtet sind.

Beide Seiten sind der Ansicht, daß es den Interessen der Völker der Welt zuwiderlaufen würde, wenn irgendeine Großmacht im heimlichen Einverständnis mit einer anderen gegen andere Länder aufträte oder wenn Großmächte die Welt in Interessensphären aufteilten.

Die zwei Seiten warfen einen Rückblick auf die lange bestehenden ernststen Streitigkeiten

zwischen China und den Vereinigten Staaten. Die chinesische Seite bekräftigte von neuem ihren Standpunkt: Die Taiwan-Frage ist die Schlüsselfrage, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Wege steht; die Regierung der Volksrepublik China ist die einzig legitime Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz Chinas, die bereits vor langem dem Vaterland zurückgegeben worden ist; die Befreiung Taiwans ist Chinas innere Angelegenheit, in die sich einzumischen kein anderes Land das Recht hat, und alle US-Streitkräfte und -Militäreinrichtungen müssen aus Taiwan abgezogen werden. Die chinesische Regierung bekämpft entschieden jegliche Aktivitäten, die darauf abzielen, 'ein China, ein Taiwan', 'ein China, zwei Regierungen', 'zwei China', ein 'unabhängiges Taiwan' zu schaffen, oder dafür eintreten, daß 'der Status von Taiwan noch zu bestimmen ist'.

Die US-Seite erklärte: Die Vereinigten Staaten kommen zu der Erkenntnis, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhebt keine Einwände gegen diesen Standpunkt. Sie versichert nochmals ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Mit Rücksicht auf diese Aussicht bestätigt sie ihr Endziel des Abzugs aller US-Streitkräfte und -Militäreinrichtungen aus Taiwan. Inzwischen wird sie mit der Minderung der Spannungen in diesem Gebiet schrittweise ihre Streitkräfte und Militäreinrichtungen auf Taiwan reduzieren.

Die zwei Seiten waren sich darüber einig, daß es wünschenswert ist, das Verständnis zwischen den zwei Völkern zu erweitern. Zu diesem Zweck diskutierten sie bestimmte Bereiche auf Gebieten wie Wissenschaft, Technik, Kultur, Sport und Zeitungswesen, in denen Kontakte und Austauschprogramme von Volk zu Volk von gegenseitigem Nutzen sein würden. Jede Seite übernimmt es, die weitere Entwicklung solcher Kontakte und Austauschprogramme zu erleichtern.

Beide Seiten betrachten bilateralen Handel als einen weiteren Bereich, aus dem gegenseitiger Nutzen gezogen werden kann, und stellten übereinstimmend fest, daß wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens im Interesse der Völker der zwei Länder sind. Sie erklärten sich damit einverstanden, eine fortlaufende Entwicklung des Handels zwischen ihren zwei Ländern zu erleichtern.

Die zwei Seiten kamen überein, daß sie durch verschiedene Kanäle in Verbindung bleiben werden, einschließlich der Entsendung eines hochrangigen Vertreters der Vereinigten Staaten nach Peking von Zeit zu Zeit zu konkreten Beratungen zwecks Förderung der Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Ländern und zu weiterem Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse.

Die zwei Seiten brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die während dieses Besuchs erzielten Erfolge neue Aussichten für die Beziehungen zwischen den zwei Ländern eröffnen würden. Sie glauben, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Ländern nicht nur im Interesse des chinesischen und amerikanischen Volkes liegt, sondern auch zur Entspannung in Asien und der übrigen Welt beiträgt.

Präsident Nixon, Mrs. Nixon und die amerikanischen Begleiter brachten ihre Dankbarkeit für die ihnen von der Regierung und dem Volk der Volksrepublik China erwiesene lebenswürdige Gastfreundschaft zum Ausdruck" (PR Nr. 9/72).

Das Echo auf die Reise Präsident Nixons in Asien

Nordkorea und Nordvietnam legten eine differenzierte Haltung an den Tag. *Nordvietnam*, das sicher sein mußte, daß der Vietnamkrieg eines der Hauptthemen der Besprechungen zwischen Nixon und Chou En-lai war, hatte bereits vor dem Besuch in scharfen Stellungnahmen gegen die amerikanische Asienpolitik Position bezogen und sparte auch nicht mit persönlichen Beschuldigungen gegenüber Nixon. Den Besuch selbst übergang Hanoi in seinen Presseverlautbarungen, erwähnte ihn nur indirekt, indem es von „betrügerischen Tricks“ sprach, und setzte seine Angriffe gegen die amerikanische Politik fort.

Nordkorea dagegen billigte grundsätzlich die Reise Nixons, die nach Lesart Pyongyangs den „totalen Bankrott ... der bisherigen amerikanischen Versuche, die Volksrepublik China zu isolieren“ bedeute, wenngleich eine deutliche Besorgnis mitklang. Über den

Besuch selbst wurde nahezu kommentarlos berichtet, das Kommuniqué im vollen Text von der koreanischen Nachrichtenagentur übernommen.

Von den nichtkommunistischen Nachbarn Chinas in Asien waren zweifellos die *Republik China* und *Japan* am meisten betroffen. Während die Regierung in Taipeh das sie betreffende Ergebnis als „null und nichtig“ bezeichnete und sich als „einzige legale, vom chinesischen Volk gewählte Regierung“ bezeichnete (vgl. die Rubrik Republik China), reagierte der japanische Ministerpräsident Sato offensichtlich überrascht und überstürzt mit einer Stellungnahme, in der Taiwan als „Teil Chinas“ bezeichnet wurde, die jedoch kurz darauf präzisiert, d. h. modifiziert, wurde (vgl. VR China/Japan).

Südkorea, das dem Peking-Besuch Nixons mit Besorgnis entgegensah und keinen Beschluß akzeptieren wollte, der „seinen Interessen zuwiderlaufe“, zeigte sich über das Kommuniqué befriedigt. Die geplanten Konsultationen zwischen den USA und China wurden als „wichtige Schritte in Richtung einer internationalen Entspannung“ begrüßt, doch forderte die Opposition, daß Südkorea „jetzt alle Anstrengungen darauf richten muß, nicht zu einem zweiten Taiwan zu werden“. Gleichzeitig wurde von Marshall Green, der im Auftrag Nixons die asiatischen Verbündeten der USA über das Ergebnis seines Peking-Besuchs unterrichtete, versichert, daß es in Peking „kein Geheimabkommen über die Koreafrage“ gegeben habe (Radio Japan, IS, 2. 3. 72).

Südvietnam begrüßte durch Außenminister Tran Van Lam das Kommuniqué und akzeptierte auch den Rückzug der US-Truppen aus seinem Land, warf aber China vor, daß die Nicht-einmischungsabsicht, wie sie im Kommuniqué ausgedrückt werde, seiner tatsächlichen Politik widerspreche.

Auch *Kambodscha* begrüßte das Kommuniqué, das seiner Ansicht nach Peking praktisch verpflichte, die Aktivitäten Nordvietnams und des Vietkong auf kambodschanischem Gebiet nicht mehr zu unterstützen. Im gleichen Sinn äußerte sich auch *Thailand*, drückte jedoch seine Skepsis über die künftige Haltung Pekings gegenüber den Befreiungsbewegungen in Südostasien und besonders in Thailand aus.

Der Ministerpräsident von *Laos*, Prinz Souvanna Phouma, äußerte die Hoffnung, daß nun auch „die indochinesischen Kommunisten und Progressisten angesichts des Pekinger Treffens ihre zuweilen simple Definition des Imperialismus revidieren“, womit er als Imperialismus den „Versuch eines Landes, einem anderen seine Politik und Ideologie mit Gewalt und unter Mißachtung des Völkerrechts aufzwingen zu wollen“, definierte.

Auf dem indischen Subkontinent waren die Reaktionen unterschiedlich: *Indien*, das eine Entspannung zwischen den beiden Staaten offiziell begrüßte, verwahrte sich gegen die Erwähnung Kaschmirs im Kommuniqué und betrachtete es nach den Worten Frau Ghandis als Versuch, „Indien unter Druck zu setzen und seine Politik zu beeinflussen“ (All India Radio GOS 2. 3. 72). *Pakistan* bewertete sowohl den Besuch als solchen als auch im besonderen das Kommuniqué als positiv, wobei es aus der sino-amerikanischen Übereinstimmung in der indisch-pakistanischen Frage eine gewisse Abschreckung gegenüber Indien ableitete. *Bangla Desh* schließlich nahm das Kommuniqué „mit Erleichterung“ auf, da es nicht direkt auf das bengalische Problem hinweist und demzufolge eine Art „de-facto-Anerkennung“ dieses neuen Staates durch Washington und Peking darstellt.

In *Malaysia* wurde das Kommuniqué als „ein hoffnungsvoller erster Schritt“ bezeichnet, um „die Kluft zwischen China und Amerika zu überbrücken“. Besondere Betonung wurde auf die Passage über die Anerkennung und Integrität fremden Territoriums, die friedliche Koexistenz und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten im Kommuniqué gelegt (TST 28. 2. 72).

Ebenfalls positiv wurden der Nixon-Besuch und das Kommuniqué in Indonesien, den Philippinen und Australien bewertet.

Mittel- und Lateinamerika

Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Mittel- und Lateinamerika erfuhren seit der Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen einen bedeutsamen Aufschwung. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Chile im Dezember 1970 folgten Peru, Mexiko und Argentinien, so daß Peking zu insgesamt vier lateinamerikanischen Staaten über diplomatische Beziehungen verfügt; Guayana kündigte die Anerkennung Pekings an. In

den aus Anlaß der Anerkennung veröffentlichten Kommuniqués fällt auf, daß einzig bei Mexiko jegliche Erwähnung des Status von Taiwan fehlt.

Neben der unzweifelhaften politischen Bedeutung, die Lateinamerika für Peking in zunehmendem Maß gewinnt, sind für Peking auch wirtschaftliche Aspekte von Bedeutung, was durch den Abschluß verschiedener Wirtschaftshilfeabkommen im Berichtszeitraum deutlich wird.

Argentinien. Nachdem bereits im September 1971 vom argentinischen Außenministerium bekanntgegeben wurde, daß mit Peking über eine Normalisierung der Beziehungen verhandelt würde, wurde am 16. Februar in Bukarest ein gemeinsames Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet, das am 19. Februar veröffentlicht wurde. Das Kommuniqué enthält die bereits bekannten Kernpunkte, neu ist dagegen die Anerkennung eines Hoheitsbereichs an Argentinien's Küsten von 200 Seemeilen durch China (PR Nr. 8/72, S. 24–25).

Chile. Wie der Außenminister Chiles, Clodomiro Almeyda, bekanntgab, gewährt Peking Chile einen Kredit in Höhe von etwa 70 Mio. US-Dollar, von denen 14 Mio. noch 1972 zur Finanzierung dringend notwendiger Anschaffungen verwendet werden sollen. Die Rückzahlung soll innerhalb von neun Jahren erfolgen, ohne daß irgendwelche Bedingungen mit der Verleihung des Kredits verknüpft seien. Der Minister gab weiter bekannt, daß die Sowjetunion ebenfalls einen Kredit, in Höhe von 50 Mio. US-Dollar, zugesagt habe (dpa 2. 2. 72).

Guayana. Ende November kündigte Premierminister Burnham die Hilfe der VR China bei der Errichtung einer Textilfabrik und beim Ausbau der Baumwollindustrie an, während Guayana ab Januar 1972 Aluminium an China liefern will. Diese Vereinbarung ist das Ergebnis von Besprechungen, die der Handelsminister Guyanas, David Singh, im November in China führte (JAT 24. 11., 4. 12. 71). Anfang Dezember 1971 wurde von Guayana die Anerkennung Pekings angekündigt, ohne daß bisher konkrete Schritte erfolgten.

Mexiko. Am 15. Februar wurde ein gemeinsames Kommuniqué zwischen China und Mexiko über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen veröffentlicht, das am 14. in New York unterzeichnet worden war. Von besonderer Bedeutung ist, daß – entgegen fast allen anderen bekannten Kommuniqués – die Taiwanfrage, d. h. der chinesische Anspruch auf dieses Gebiet und die Anerkennung dieses Anspruchs durch Mexiko, nicht erwähnt wurden. Dies ist um so bedeutungsvoller, als Mexiko vor der Anerkennung Pekings Beziehungen zu Nationalchina unterhielt. Von Interesse ist weiter die chinesische Unterstützung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (PR Nr. 8/72, S. 24).

Interessant am Rande ist die Mitteilung des mexikanischen Industrieministeriums vom 18. Februar, nach der Peking im Dezember 1971 200 Exemplare des VW Typ 181 verkauft habe (JAT 20. 2. 72). Das amerikanisch-chinesische Kommuniqué wurde von Mexiko unter Hinweis auf die Akzeptierung der „fünf Punkte der friedlichen Koexistenz“ durch Nixon mit „Genugtuung“ begrüßt, da „gerade die Länder Südamerikas den häufigen US-Interventionen ausgesetzt“ gewesen seien (Tanjung, Mexico City 29. 2. 72).

Peru. Am 28. November wurde vom Minister für Bergbau und Energie, J. F. Maldonado, in Peking ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation mit der VR China in Höhe von 850 Mio. US-Dollar unterzeichnet. Im Rahmen des Abkommens wird Peru an China 90 000 t Kupfer, 50 000 t Zink und 15 000 t Blei liefern. Weiter wird China in den nächsten drei Jahren zinsfreie Kredite in Höhe von 17 Mio. engl. Pfund, rückzahlbar in zwanzig Jahren, gewähren (SCMP 1. 12. 71). Der erste Botschafter der VR China, Chiao Jo-yu, traf am 1. Februar in Peru zur Amtsübernahme ein und überreichte am 10. Februar Präsident J. V. Alvarado sein Beglaubigungsschreiben (HNA Nr. 5102, 11. 2. 72).

b) VR China/Europa

Durch die Reaktivierung der chinesischen Außenpolitik seit dem Ende des Jahres 1969, die chinesisch-amerikanische Annäherung und die Aufnahme Pekings in die Vereinten

Nationen rückte nicht nur Europa mehr in den Blickpunkt des chinesischen Interesses, sondern gewann auch die Volksrepublik China für die europäische Politik zunehmend an Bedeutung. Dies wurde sowohl durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Italien, Österreich und Belgien mit China in den Jahren 1970/71 demonstriert, sondern auch durch ein gesteigertes Interesse Pekings an den Vorgängen in Europa, vor allem an der europäischen Integration und der EWG. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt hierbei insofern eine besondere Rolle ein, als sie als Gegenspieler der DDR und der Sowjetunion, als Verbündeter der USA von Peking in das Lager der politischen Gegner gerechnet wird. Dabei bedingt die Eigenart der innerdeutschen Beziehungen, die Konfrontation zwischen Peking und Moskau und das wechselvolle Verhältnis zwischen Ostberlin und Peking, daß die Politik Bonns durchaus nicht immer mit Kritik aus Peking bedacht wird. Im Gegensatz zu den politischen nahmen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bonn und Peking einen positiven Verlauf, so daß die Bundesrepublik zu den größten Außenhandelspartnern Pekings zählt – was auch als Zeichen dafür gewertet werden kann, daß Peking Ideologie von Wirtschaftspolitik durchaus zu trennen vermag.

Im Berichtszeitraum sind vor allem die Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen dreier weiterer Staaten – Island, Malta und Zypern – mit der VR China von Bedeutung. Darüber hinaus ergaben sich Bewegungen in der deutschen Chinapolitik, reisten französische Parlamentarier nach China, besuchte eine chinesische Journalistendelegation mehrere Staaten Europas.

Allgemein. Anfang Januar begann eine chinesische Journalistendelegation eine Europa-reise, in deren Verlauf sie Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz und Österreich besuchte.

Die erste internationale Fluglinie Chinas soll im Juli 1972 nach Europa eingerichtet werden und führt über Pakistan, den Iran und die Türkei nach Rumänien, mit dem China ein Luft-fahrtabkommen abgeschlossen hat. Die Maschinen aus Peking werden unter dem Zeichen CAAC als Abkürzung für „Civil Aviation Administration of China“ fliegen (AFP 8. 2. 72).

Belgien. Am 11. Februar nahm die chinesische Botschaft in Brüssel ihre diplomatische Tätigkeit auf. Ein belgischer Botschafter für Peking ist noch nicht ernannt worden.

Bundesrepublik Deutschland. Nachdem die Regierung in Bonn seit 1969 des öfteren er-klärte, daß die Ostpolitik einer Fernostpolitik gegenüber vorrangig sei, stellte Außen-minister Walter Scheel Ende Januar ein bundesdeutsches Interesse an Kontakten zur Volksrepublik China fest und sprach von „Signalen aus Peking“, schloß sogar einen Besuch in China noch in diesem Jahr nicht aus (ZDF 23. 1. 72). Zum gleichen Zeitpunkt for-derte das Präsidium der CDU eine Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China, die damit motiviert wurde, daß die Bundesrepublik den „weltpolitischen Änderun-gen“ Rechnung tragen müsse. Beide Initiativen, ebenso wie entsprechende Vorwürfe des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, ergingen vor dem Hintergrund der Chinareise Nixons und im Zusammenhang mit der Diskussion über die deutsche Ostpolitik (FAZ 22. 2. 72).

Das chinesisch-amerikanische Kommuniqué selbst wurde von der Bundesregierung be-grüßt ebenso wie die Tatsache, daß erste Schritte zur Normalisierung zwischen China und den USA unternommen worden seien. Gleichzeitig wurde die Absicht geäußert, zum „ge-eigneten Zeitpunkt“ mit Peking Kontakt aufzunehmen (NZZ 1. 3. 72).

Dänemark. Am 28. Februar reiste der dänische Handelsminister Erling Jensen an der Spitze einer Handelsdelegation zur Eröffnung einer dänischen Industriemesse nach Peking, wo er auch Gespräche über den Handel zwischen beiden Staaten führen wird (JAT 23. 2. 72, HNA 1. 3. 72).

Frankreich. Der frühere französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France besuchte vom 23. Dezember bis 12. Januar die VR China und wurde von Premier Chou En-lai und anderen hohen Mitgliedern der chinesischen Regierung empfangen. Auf chinesische Ein-ladung hin besuchte vom 19. bis 31. Januar eine französische Parlamentarierdelegation die VR China, die von Chou En-lai die Bestätigung für eine in Kürze eingehende Einladung an den französischen Außenminister Schuman zum Besuch Pekings erhielt.

Großbritannien. Nach den Angaben des sino-britischen Handelsrats in London gingen die britischen Ausfuhren nach China im vergangenen Jahr merklich zurück (JAT 30. 12. 71). Eine im März/April geplante britische Ausstellung in Peking — die erste seit 1966 —, an der nach Auskunft der britischen Handelskommission in Hongkong mehr als 500 Firmen teilnehmen, soll offensichtlich dazu beitragen, den britischen Markt für China wieder interessanter zu machen.

Anfang Februar wurden nach einer zehnwöchigen Unterbrechung die chinesisch-englischen Verhandlungen über die Aufwertung der diplomatischen Missionen zu Botschaften wieder aufgenommen (JAT 11. 2. 72).

In der Nordirlandfrage nahm Peking wiederholt für die Bevölkerung Nordirlands Partei und griff die britische Regierung wegen ihrer Politik der „nationalen Unterdrückung“ an, wobei gleichzeitig die britische Politik im indisch-pakistanischen Konflikt und in der Rhodesienfrage attackiert wurde (JMJP 8. 2. 72).

Island. Am 14. Dezember 1971 wurde ein Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Island und China mit Wirkung vom 8. Dezember veröffentlicht, in dem Island den chinesischen Anspruch auf Taiwan bestätigte (PR Nr. 51/71, S. 4).

Italien. Anfang Dezember 1971 hielt sich eine italienische Delegation unter Leitung des Generalinspektors für den Außenhandel, Elio Tosarelli, zu Gesprächen in Peking auf (HNA 6. 12. 71).

Als Vorbereitung für die Tätigkeit chinesischer Diplomaten in Rom wurde von China der Palazzo Badoglio erworben, dessen Größe anzeigt, daß Rom zu einem Schwerpunkt chinesischer Aktivitäten gemacht werden soll.

Vatikan. Auch die Fronten zwischen dem Vatikan und der VR China, die bisher durch die guten Beziehungen des Vatikan zu Nationalchina (wo seit 1966 eine Nuntiatur besteht) und die Einschränkung der Religionsausübung in der Volksrepublik bestimmt waren, geraten in Bewegung. Wie aus einem Artikel des „Osservatore della Domenica“ hervorgeht, ist der Vatikan zu Gesprächen mit Peking bereit. Darüber hinaus wurde durch eine jugoslawische Nachrichtenagentur ein Bericht über angebliche Kontakte zwischen dem Vatikan und Peking über die Nuntiatur in Daressalam bekannt (Tanjung 27. 12. 71), der bisher keine Bestätigung erfuhr.

Malta. Mit Wirkung vom 31. Januar 1972 wurden zwischen Malta und der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen. In dem aus diesem Anlaß unterzeichneten Kommuniqué bekräftigte Malta nachdrücklich den chinesischen Anspruch auf Taiwan.

Österreich. Nach Mitteilung der österreichischen Post- und Telegraphendirektion besteht seit dem 15. Januar eine Telefonverbindung zwischen Österreich und der Volksrepublik China, die über Bern läuft.

Schweden. Die erwähnte chinesische Journalistendelegation wurde bei ihrem Besuch am 19. Januar von Ministerpräsident Palme und Außenminister Wickmann empfangen. China wird dieses Jahr erstmals — als einer der größten Aussteller — auf der Stockholmer St. Eriks-Messe ausstellen, während der schwedische Exportverband im April eine Industrieausstellung in Peking plant. Am 20. Februar kam der neue Botschafter Chinas, Ming Wang-lu in Stockholm an; er war von 1958—1961 in Bukarest, bis 1966 in Tirana und seither Chef der politischen und organisatorischen Abteilung des Außenministeriums der Volksrepublik China.

Spanien. Zu ersten offiziellen Kontakten zwischen Spanien und China kam es Ende November in Hongkong während eines Besuchs einer spanischen Delegation unter Führung des Generaldirektors für außenwirtschaftliche Beziehungen, José Luis Ceron Ayuso, mit Beamten der VR China (Prensa Latina 26. 11. 71).

Zu einer unerwarteten Kontaktaufnahme zwischen spanischen und chinesischen Kommunisten kam es durch den Besuch einer Delegation der illegalen KP Spaniens unter der Führung ihres Generalsekretärs Santiago Carillo und des Generalsekretärs der KP Kalabriens, Lopez Raimondo, Anfang Dezember 1971 in China. Zwar wurde über den Besuch kein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, was den Schluß zuläßt, daß nicht alle

Divergenzen bereinigt werden konnten, doch ist der Besuch als solcher ein bedeutungsvolles Ereignis. Meinungsverschiedenheiten bestehen vor allem über die Existenz der prochinesischen Splitterpartei in Spanien, die 1964 gegründet und von Peking anerkannt wurde. Die spanische KP verfolgt einen eigenen Weg auch gegenüber der Sowjetunion – die Intervention in der CSSR wurde heftig kritisiert, worauf sich eine prosovjetsche Gruppe abgespaltete – doch führte dies nicht zu einer völligen Entfremdung zwischen Moskau und dieser Partei.

Zypern. Am 14. Dezember wurde zwischen Zypern und der VR China ein gemeinsames Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet, in dem Zypern ausdrücklich den chinesischen Anspruch auf Taiwan bestätigt (PR Nr. 3/72, S. 6).

c) VR China/Sozialistische Staaten

Sowjetunion. (Vgl. dazu den Artikel „Der sino-sowjetische Konflikt und die chinesisch-amerikanische Annäherung“ in diesem Heft.)

Die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion verschlechterten sich als Auswirkung der Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zusehends. Die offenkundige Verärgerung Moskaus über die Kontakte seines Gegenspielers mit den USA wurde durch eine Vielzahl von antichinesischen Artikeln und Kommentaren in Presse und Rundfunk deutlich, in denen alle Bereiche der Innen- und Außenpolitik der VR China kritisiert und sogar verurteilt wurden. Demgegenüber war die chinesische Propaganda vergleichsweise zurückhaltend, beschränkte sich auf einige Grundsatzartikel sowie Repliken. Eine Ausnahme machte lediglich die Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau über den Konflikt zwischen Indien und Pakistan im Dezember 1971 (vgl. Südasien/Pakistankonflikt).

Auch wegen der nach der Aufnahme in die Vereinten Nationen und den direkten Kontakten mit den USA aufgewerteten Position Pekings versuchte die Sowjetunion durch Unterstützung Indiens und der Unabhängigkeitsbewegung in Bengalen dem auf der anderen Seite stehenden China eine politisch-diplomatische Niederlage beizubringen. China seinerseits setzte alles daran, die drohende militärische Niederlage des von ihm unterstützten Pakistan in einen propagandistisch-politischen Sieg umzuwandeln, indem es Indien der „Aggression“ und der „Annexion Ostpakistans mit Hilfe der Sowjetunion“ beschuldigte (vgl. u. a. JMJP 6. 12. 71, PR 8. 12. 71, HNA 9. 12. 71, PR 9. 12. 71).

Neben der Auseinandersetzung um Ostpakistan gehörten die chinesische Politik in den Vereinten Nationen gegen die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion (Pr 3. 12. 71), das „schädliche Wesen des Maoismus“ (Pr 6. 12. 71), die innenpolitische Entwicklung (TASS 3. 12. 71) sowie die Außenpolitik Chinas besonders gegenüber der Dritten Welt (Pr 22. 12. 71, NZ 27. 12. 71, Izv 30. 12. 71) zu den Hauptthemen der sowjetischen Polemik. Der „Antisowjetismus der chinesischen Führer“ (NZ 13. 1. 72, Pr 13. 1. 72), die chinesische Politik im Nahen Osten (KPr 8. 1. 72, KrZv 18. 1. 72) sowie in Indochina (TASS 12. 1. 72) waren ebenfalls Ziele der sowjetischen Angriffe. Ein bedeutsamer Aspekt in der Argumentation Moskaus ist dabei, daß alle Schritte der chinesischen Außenpolitik in direkten Zusammenhang mit den USA gebracht werden, ein „chinesisch-amerikanisches Komplott zum Schaden des Sozialismus“ in allen außenpolitischen Schritten Pekings gesehen wird. Ohne auf die sowjetischen Attacken an dieser Stelle im einzelnen eingehen zu können, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß es offensichtlich ein Hauptziel dieser Polemik war – quasi als Vorbereitung für den Besuch Nixons – vor allem bei den Staaten der Dritten Welt die Außenpolitik Pekings negativ erscheinen zu lassen und damit die chinesische Politik zu diskreditieren. Die insgesamt zurückhaltende Propaganda Chinas gegen die UdSSR richtete sich – abgesehen vom Konflikt um Ostpakistan – vornehmlich gegen „sowjetische Bestrebungen nach der Vorherrschaft im Indischen Ozean“ (HNA 30. 12. 71) und auch gegen die sowjetische Nahostpolitik (JMJP 19. 1. 72).

Der Besuch Nixons in Peking selbst wurde von Moskau in allen Einzelheiten berichtet, war auf der anderen Seite aber das erklärte Ziel massiver Angriffe und Beschuldigungen hinsichtlich möglicher Implikationen, Geheimabreden und negativer Auswirkungen für die Staaten der Dritten Welt und den Sozialismus. Das chinesisch-amerikanische Kom-

muniqué wurde insgesamt negativ bewertet, wobei neben den vermuteten Geheimabsprachen ein chinesisches Zugeständnis an Amerika bezüglich Nationalchinas aus dem Text herausinterpretiert wurde (NZ Nr. 1/72). Zur Unterstützung der sowjetischen Argumentation wurde die breite Skala der internationalen Kommentare zu Besuch und Kommuniqué in den sowjetischen Presseorganen auf großem Raum wiedergegeben.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen wurden durch die Verschärfung der ideologisch-politischen Kontroverse nicht wesentlich beeinträchtigt. So wurden die gemeinsamen Grenzgespräche, die 1969 vereinbart worden waren, fortgesetzt, erhielt China von der Sowjetunion zwei Flugzeuge vom Typ „Iljusin 62“ (AFP 20. 12. 71), wurde von einer Ausweitung des beiderseitigen Handels berichtet. Außenminister Gromyko gratulierte Chi Peng-fei zu seiner Ernennung als Außenminister (TASS 27. 1. 72), wofür sich Chi Peng-fei in einem anderen Telegramm bedankte (Pr 1. 2. 72). Insgesamt sind die zwischenstaatlichen Beziehungen zwar als korrekt aber durchaus knapp und kühl anzusehen, wobei beide Seiten an einer Verbesserung derzeit nicht interessiert scheinen.

Während aus Peking über Truppenansammlungen an der Grenze zu China berichtet wird (Radio Huhehot 11. 12. 71), auch für 1972 sowjetischen Diplomaten ein Reiseverbot an Gedenkstätten gefallener Soldaten auferlegt wurde (Pr 25. 2. 72), zeigte das sowjetische Fernsehen einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Die schweren Jahre Chinas“, der vor allem die „Abwendung Mao Tse-tungs vom Sozialismus“ veranschaulichen sollte, wobei die sowjetische Hilfe für China besonders betont wurde. Ein Artikel in der Izvestija, der trotz aller Differenzen der Überzeugung Ausdruck verleiht, „daß die gute Nachbarschaft und die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und China schließlich wiederhergestellt werden wird“ (Izv 16. 2. 72), hat in Anbetracht der tiefgreifenden und grundlegenden Differenzen zwischen beiden kommunistischen Staaten allenfalls deklamatorischen Wert.

Albanien. Das Ausbleiben einer Delegation der KP Chinas zum 6. Parteikongreß und zum gleichzeitigen dreißigjährigen Jubiläum der Gründung der Albanischen KP im November 1971 gab Anlaß zu Spekulationen über Unstimmigkeiten zwischen diesen eng verbündeten Staaten, ohne daß sich bisher konkrete Anzeichen in dieser Richtung feststellen ließen. Im Gegenteil unterstützte Albanien in den letzten Monaten (wie auch vorher) die chinesische Polemik gegen die Sowjetunion unvermindert – sei es im Hinblick auf die „Breschnew-Theorie“ (ATA 17. 1. 72), auf die Nahostpolitik Moskaus (ATA 31. 1. 72) oder auf das Verhalten im Konflikt zwischen Pakistan und Indien (vgl. auch VR China/Sowjetunion sowie Südasien/Pakistankonflikt). Am 5. Dezember 1971 wurde ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsaustausch für 1972 sowie ein Protokoll über die Verwendung eines chinesischen Kredits unterzeichnet (HNA Nr. 5038, 7. 12. 71). Die nach dem albanischen Text „sehr herzlichen und förderlichen Beziehungen“ zwischen beiden Staaten lassen jeden Hinweis auf Meinungsverschiedenheiten vermissen (ATA 6. 12. 71).

Bulgarien. Die Regierung in Sofia gehört mit zu den treuesten Vertretern der sowjetischen Linie wenn es um die Politik gegenüber China geht. Entsprechend den aufgezeigten Schwerpunkten der sowjetischen Propaganda gegen Peking waren die Ziele der anti-chinesischen Propaganda aus Sofia neben dem Konflikt um Ostpakistan die außenpolitische Linie der „Maoisten“ und vor allem die chinesisch-amerikanischen Kontakte. Bulgarien sieht hinter der „Politik der Maoisten ... sozialchauvinistische Ziele“, deren Haupthindernis die Einheit der sozialistischen Staaten sei (BTA 28. 1. 72). Anfang Februar 1972 setzt sich das Organ der KP Bulgariens, die Rabotnitschesko Delo, ebenfalls mit dem Maoismus auseinander, der „... in der Praxis als eine Politik der perfiden Benutzung der proletarischen Diktatur ... als brutales Mittel zur Unterdrückung“ definiert wird (BTA 3. 2. 72). Der Schwerpunkt liegt dabei stets auf dem Vorwurf, Peking arbeite mit Washington zusammen, der im Hinblick auf den Besuch Nixons in Peking reichlich Nahrung fand. Dabei wäre nach bulgarischer Ansicht eine Annäherung zwischen den USA und China durchaus zu begrüßen, wenn „diese die Festigung des Friedens in Asien zum Ziel hätte“. Da Peking aber „... sein Streben, das sozialistische Weltsystem zu schwächen, über alles gestellt“ habe, seien die chinesisch-amerikanischen Kontakte zu verurteilen (BTA 15. 2. 72). Im Zusammenhang damit wurde Peking auch des „Verrats an den Völkern Indochinas“ beschuldigt (BTA 22. 2. 72).

CSSR. Die Regierung in Prag blieb in ihrer Haltung gegenüber China im Fahrwasser der Sowjetunion. In einer Vielzahl von Artikeln und Kommentaren wurde die Amerikapolitik Chinas verurteilt (Pr, Prag, 15. 12. 71), wurden der „Großmachtchauvinismus Mao Tse-tungs“ (CTK 2. 2. 72) oder die chinesische Politik innerhalb der Vereinten Nationen attackiert (CTK 3. 2. 72). In bezug auf die chinesische Atompolitik wurde der jüngste Kernversuch Chinas ironisch als „chinesischer Beitrag zur Vorbereitung der Stockholmer Konferenz“ bezeichnet (Radio Prag 13. 1. 72), während das Gewerkschaftsblatt *Prace* die Frage nach einer wirksamen Kontrolle über Chinas atomare Vernichtungswaffen stellte und sie als „völlig gerechtfertigt“ bejahte (*Prace* 10. 2. 72). Die zwischenstaatlichen Beziehungen wurden durch diese Polemik nicht sonderlich getrübt. Am 15. Januar machte eine Regierungsdelegation aus Prag unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Frantisek Hamouz in Peking eine Zwischenlandung und wurde dabei vom Außenminister Chiao Kuan-hua begrüßt (HNA Nr. 5076, 16. 1. 72) und am 29. Januar traf eine Handelsdelegation unter Führung des stellvertr. Außenhandelsministers Bursa in Peking ein (JAT 31. 1. 72), um dort am 10. Februar ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsaustausch für 1972 zu unterzeichnen (HNA Nr. 5102, 11. 2. 72).

DDR. Die Regierung in Ostberlin ist eine der eifrigsten Anhänger Moskaus in bezug auf die Haltung gegenüber Peking. Dementsprechend sind für den Berichtszeitraum eine Vielzahl von antichinesischen Attacken in der DDR-Presse zu verzeichnen, die teilweise Übernahmen aus der Presse der Sowjetunion und anderer Staaten des Sowjetblocks sind, teilweise aber auch Eigenkommentare darstellen (vgl. u. a. ND 24., 27., 30. 12. 71; 22., 28. 2. 72). Die Argumente, die dabei vorgebracht werden, entsprechen praktisch ohne jede Abweichung den sowjetischen und haben auch die gleichen Themenkreise zum Inhalt – den „Maoismus“, den „chinesischen Antisowjetismus“ sowie die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. In der Entwicklung der zwischenstaatlichen Kontakte ergaben sich keine erwähnenswerten Entwicklungen.

Jugoslawien. Die Regierung in Belgrad, die ihre Beziehungen zu Peking nach langen Jahren der Differenzen Ende 1970 wieder normalisierte und seitdem eine ausgesprochen China-freundliche Haltung an den Tag legt, begrüßte die amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Jugoslawien sieht in der Chinareise Nixons eine Verschiebung des Schwerpunktes des weltpolitischen Geschehens nach Asien und erwartet trotz einiger Skepsis, „daß die weiteren Prozesse in diesem Gebiet der Welt . . . trotz aller Hindernisse . . . sich in Richtung auf die weitere Befriedigung und die friedliche Regelung der Probleme bewegen werden . . .“ (Borba 6. 2. 72). Der Besuch selbst wurde als „Friedensmission“ bezeichnet (Tanjug 21. 2. 72), über die Ereignisse im einzelnen wurde objektiv und umfassend informiert – auch über die offenkundige Verstimmung in Moskau. Das chinesisch-amerikanische Kommuniqué wird als „praktische, besonders kühne Geste . . . und Entscheidung von erstaunlich großer Tragweite“ bezeichnet (Politika Borba, 27. 2. 72).

In einem außenpolitischen Rückblick würdigte Präsident Tito Mitte Dezember 1971 in einer Rede auch die chinesisch-jugoslawischen Beziehungen, wobei er den Wunsch ausdrückte, die zwischenstaatlichen Kontakte auf „allen Gebieten weiter zu fördern“ (Tanjug 16. 12. 71). Ende Januar reisten Vertreter der Fluggesellschaft JAT zu Gesprächen über die Einrichtung einer Flugverbindung zwischen beiden Staaten nach Peking (Tanjug 26. 1. 72). Interessant am Rande ist eine Meldung über eine Äußerung des ehemaligen Vertrauten Titos, Milovan Mjilas, der in einem Interview feststellte, daß sich in ganz Osteuropa „trotz einer nichtkapitalistischen Staatsordnung eine Klassengesellschaft herausgebildet“ habe, in China dagegen sei der Kommunismus festzustellen, da „dort noch eine klassenlose Gesellschaft“ existiere (dpa 30. 1. 72).

Kuba. Im Rahmen der Reaktivierung der Außenpolitik Chinas seit Ende 1969 wurden auch die Beziehungen zwischen China und Kuba wieder intensiviert, die vordem auf ein Minimum zwischenstaatlicher Kontakte reduziert worden waren. Vizepräsident Tung Pi-wu und Chou En-lai schickten zum 13. Jahrestag der kubanischen Revolution Glückwünsche an Castro, in denen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten betont wurden (Press Release, London, 4. 1. 72). Anfang Februar besuchte eine kubanische Tisch-

tennismannschaft Peking und eine Delegation der Akademie der Wissenschaften Chinas reiste nach Havanna (HNA Nr. 5107, 17. 2. 72). Mitte Februar war eine kubanische Handelsdelegation in Peking und am Ende dieses Monats flog eine Handelsdelegation der VR China unter Führung des stellv. Außenhandelsministers Chou Hua-min nach Havanna, um dort am 28. ein Handelsprotokoll für 1972 zu unterzeichnen (HNA Nr. 5121, 1. 3. 72).

Mongolische Volksrepublik. Nach siebenjähriger Unterbrechung wurden im August 1971 die diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Mongolischen VR wieder aufgenommen. Während der chinesische Botschafter Hsu Wen-yi bereits am 24. August sein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, traf der mongolische Botschafter S. Sosorbaram erst am 15. Dezember in Peking ein. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten waren nach der Parteinahme der Mongolei für Moskau in dessen Konflikt mit Peking seit 1964 „eingefroren“ gewesen. Die Position Ulan Bators in diesem Konflikt wurde durch die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen jedoch nicht beeinflußt, wie beispielsweise die Verurteilung Chinas wegen seiner Haltung im Konflikt zwischen Pakistan und Indien zeigte (TASS nach Unen, 28. 12. 71).

Nordkorea. Die guten Beziehungen zwischen beiden Staaten erfuhren im Berichtszeitraum durch einen regen Delegationsaustausch eine Bestätigung. Anfang Dezember 1971 war eine chinesische Handels- und Touristikdelegation in Nordkorea (HNA Nr. 5033, 2. 12. 71), im Januar hielt sich eine chinesische Regierungsdelegation unter der Leitung des stellv. Außenhandelsministers Li Chiang in Pyongyang auf (HNA 1., 4., 5. 1. 72) und wurde auch von Premier Kim Il-sung empfangen. Ebenfalls im Januar war eine nordkoreanische Delegation zu einem Informationsbesuch über das chinesische Druckereiwesen in Peking (HNA Nr. 5067, 7. 1. 72), eine andere Studiengruppe informierte sich Anfang Februar über Sportgeräte in China (HNA Nr. 5071, 11. 2. 72). Zum 24. Jahrestag der Gründung der koreanischen Armee (am 7. 2.) wurde im chinesischen Verteidigungsministerium eine Feier gehalten, bei der neben der Freundschaft zwischen beiden Staaten der „Kampf gegen den USA-Imperialismus“ im Vordergrund der Reden stand (Radio Peking, IS 8. 2. 72).

Polen. Auch die polnischen Vorwürfe hielten sich im Rahmen der von der Sowjetunion gesetzten Maßstäbe für die antichinesische Polemik. Hauptziele der Kommentare waren auch hier der Konflikt um Ostpakistan (vgl. u. a. Trybuna Ludu 17. 12. 71), der Maoismus (TrLudu 20. u. 23. 1. 72) sowie die amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Für den Besuch Nixons wurden China drei Motive unterstellt:

1. Ein Kontakt mit den USA ist unumgänglich, um den politischen Status einer Weltmacht zu erlangen;
2. Dieser Kontakt verhilft objektiv zu Aktionen zu Ungunsten der Sowjetunion;
3. Beim Besuch wird eine Neuverteilung der Karten in Asien vorbereitet (Slowo Powszechno 21. 2. 72).

Ende Februar erschien ein Artikel des polnischen Außenministers Stefan Olszowski, in dem er die „spalterische und chauvinistische Politik der chinesischen Führung ... als total falsch und äußerst schädlich“ bezeichnete. „Die antisowjetische und antisozialistische Linie der maoistischen Führung fügt den Interessen aller Staaten unseres Lagers Schaden zu ... Es ist eine nichtanfechtbare Tatsache, daß der Kampf des heroischen vietnamesischen Volkes ... heute dem Sieg viel näher wäre, wenn es nicht die antisowjetische Politik Chinas gäbe“ (Gazeta Tomorska 26. 1. 72).

Ungarn. Von den Staaten des Sowjetblocks zeigte sich Ungarn im Berichtszeitraum am wenigsten China-feindlich. Zwar erschienen auch in der Presse und im Rundfunk Ungarns gegen die Politik Chinas gerichtete Artikel, doch hatten diese meist andere Themen zum Ziel und es fehlte ihnen die Schärfe und Feindseligkeit der Kritik der anderen Staaten des Sowjetblocks. So kritisierte Ungarn die Politik Pekings gegenüber den Auslandschinesen (Nepszabadsag 8. 2. 72), berichtete über „neue Töne der chinesischen Massenmedien“ anlässlich des Nixonbesuchs (MTI 22. 2. 72). Der Besuch Nixons in China wurde prinzipiell begrüßt, nicht ohne die Frage zu stellen, ob die chinesisch-amerikanischen Beziehungen „wirklich der Entspannung in der Welt dienen, ob sie nicht gleichzeitig neue Spannungen entstehen lassen und nähren ...“ (Nepszabadsag 29. 2. 72).

Rumänien. Die Sonderposition, die Rumänien sowohl innerhalb des Sowjetblocks als besonders gegenüber China durch Betonung einer eigenen außenpolitischen Linie ein-

nimmt, wurde erneut bestätigt. Rumänien beteiligte sich nicht an der antichinesischen Propaganda und berichtete statt dessen sachlich und präzise über den Besuch Nixons in Peking.

Im Dezember 1971 wurde N. Gavrilescu zum neuen Botschafter in China ernannt (Agerpress 27. 12. 71), und am 11. Januar sandte Staats- und Parteichef Ceausescu ein Kondolenztelegramm an Mao Tse-tung und Chou En-lai anlässlich des Todes von Chen Yi (Agerpress 11. 1. 72).

d) VR China/Asien

Ostasien

Japan. Die Chinapolitik Japans war seit 1949 an derjenigen der USA orientiert und wurde durch einen Vertrag mit Nationalchina 1952 entsprechend manifestiert. Aus diesem Vertrag resultierte auch die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Nationalchina. Zwar hatte sich bei den oppositionellen Parteien Japans schon seit Jahren eine heftige Kritik an der Chinapolitik des Ministerpräsidenten Eisaku Sato gebildet, doch war es diesem stets gelungen, seine in Anlehnung an die USA betriebene Politik gegenüber beiden chinesischen Staaten zu verteidigen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die die japanische Regierung erschütternde Wirkung der Wende in der Chinapolitik der USA, die nicht nur der japanischen Haltung gegenüber Peking den Boden entzog, sondern gleichzeitig eine Bedrohung für die Regierung Satos darstellte. Der Versuch Satos, durch eine Änderung seiner Chinapolitik eine Wende im Verhältnis zu Peking herbeizuführen, mißlang jedoch, da Peking von Japan eine völlige Abkehr von Taiwan und den Sturz der Regierung Sato verlangt, bevor es in Verhandlungen mit Japan einzutreten bereit ist. Daß der japanische Delegierte bei den Vereinten Nationen entsprechend der von den USA ausgegebenen Parole gegen die Aufnahme Pekings stimmte und damit eine weitere Niederlage für die japanische Chinapolitik bewirkte, muß in diesem Zusammenhang als besonders erschwerend für eine neue Politik gegenüber Peking betrachtet werden.

Darüber hinaus bahnt sich ein neuer Konflikt zwischen Japan und den beiden China an: Es handelt sich hierbei um den Streit um die Zugehörigkeit einiger Taiwan vorgelagerter Inseln, den sogenannten Sengaku oder (chinesisch) Tiaoyü-Inseln, die derzeit noch als Teil der Ryu-Kyu-Inseln von den USA verwaltet werden. Auf diese Inseln erheben nicht nur Japan, sondern auch Taiwan und die VR China Anspruch — beide waren sich in Grenzfragen bisher stets einig —, und bisher scheint eine Einigung über diesen Streitfall nicht in Sicht. Der eigentliche Grund für das intensive Interesse dieser drei Staaten an den auf den ersten Blick unbedeutenden Inseln ist darin zu sehen, daß nach den Ergebnissen amerikanischer Untersuchungen unter diesen Inseln ergiebige Erdölfelder entdeckt wurden.

Im Berichtszeitraum lag es im Interesse der japanischen Opposition, durch akzentuierte prochinesische Parolen das Wohlwollen Pekings zu gewinnen. Bereits im November hatten die drei Oppositionsparteien — die Sozialistische Partei Japans (SPJ), die Komeito und die Sozialistische Partei Japans (SPJ) — dem Parlament eine Resolution für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokio und Peking vorgelegt. Dem entspricht andererseits ein intensives Interesse der Industrie Japans an China, was durch eine aktive Besuchsdiplomatie japanischer Industrieller zum Ausdruck kommt. Die Regierung Sato ihrerseits bemühte sich indirekt um das Wohlwollen Pekings — etwa durch Engagement zugunsten der Teilnahme Pekings an der im März in Japan stattfindenden UNESCO-Sitzung.

Ungeachtet aller politischen Schwierigkeiten bestehen die wirtschaftlichen Kontakte zwischen Peking und Tokio nach wie vor und werden sogar ausgebaut: im Dezember anerkannte Japans größter Elektrogerätehersteller, die Hitachi Ltd., die „vier Prinzipien“ Chou En-lais für den Chinahandel (SCMP 11. 12. 71) und verhandelte im Anschluß daran mit China wegen der Lieferung einer 20 000-kW-Gasturbine (JAT 11. 12. 71), während chinesische Behörden Verhandlungen mit Vertretern der Mitsui-Linie wegen sechs neuer Schifffahrtsrouten, die japanische Häfen mit Drittländern verbinden sollen, für den Januar 1972 zustimmten. Am 20. Dezember 1971 wurde in Peking ein halboffizielles Abkommen

über den Handelsaustausch für das Jahr 1972, das „Memorandum-Abkommen“, unterzeichnet. Darin wurde von japanischer Seite ein weiteres Mal der chinesische Standpunkt gegenüber der japanischen Regierung voll unterstützt, das „tiefe Bedauern“ darüber zum Ausdruck gebracht, daß die „Sato-Regierung ungeachtet des Protestes der Volksmassen“ bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen gegen Peking stimmte. Bezüglich Taiwans stimmte „die japanische Seite mit dem ... gerechten Standpunkt der chinesischen Seite völlig überein und erkennt an, daß es auf der Welt nur ein China, nämlich die VR China, gibt“. Zum Vertrag Japans mit Nationalchina heißt es: „Der ... Vertrag ist völlig rechtswidrig und ungültig. Er muß annulliert werden“ (HNA Nr. 5053, 22. 12. 71).

Neben der Wiederholung der alten Beschuldigungen gegen Japan bedeutet die Forderung zur Auflösung des Friedensvertrages mit Nationalchina ein neues Element in den Handelsabkommen zwischen beiden Staaten. Von Peking wird damit als Vorleistung so viel gefordert, daß bei den eigentlichen Verhandlungen kaum mehr etwas zu diskutieren bleibt. So sehr der Inhalt des Abkommens einer Kapitulation der japanischen Unterhändler gleichkommt, so löste andererseits die Tatsache, daß für 1972 erstmals ein Handelsabkommen vor Jahresbeginn abgeschlossen werden konnte, in Handelskreisen Befriedigung aus. Gleichzeitig wurde von China ein japanischer Vorschlag zum Ausbau des Telefon- bzw. Telexnetzes zwischen beiden Staaten abgelehnt (JAT 23. 12. 71).

Nachdem Ende Dezember auch die Mitsubishi-Bank die „Vier Prinzipien“ Chou En-lais anerkannte, wurde das Korrespondenzabkommen dieser Bank mit der Bank von China erneuert, so daß nunmehr eine Außenhandelsbank, die Dai-Ichi Kangyo, ihre Beziehungen zu Peking nicht aufgenommen hat (JAT 28. 12. 71). Auch zwei weitere führende japanische Handelshäuser, das C. Itoh & Co und die Kanamatsu-gosho Ltd., anerkannten die „Vier Prinzipien“ (JAT 30. 12. 71).

Auf seiner traditionellen Neujahrspressekonferenz am 31. Dezember erklärte Ministerpräsident Sato, daß Japan „möglicherweise“ noch 1972 diplomatische Beziehungen zu Peking aufnehmen werde. Er betonte aber gleichzeitig, daß seine Regierung Nationalchina nicht „ignorieren könne“ (NZZ 4. 1. 72). Einen Schritt in dieser Richtung könnte die Aufwertung der Handelsmissionen Tokios und Pekings durch die Ausstattung mit einem praktisch konsularen Status seit der Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen bedeuten.

Der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Japan im Januar führte zu einer Intensivierung der chinesischen Propaganda gegen die japanisch-sowjetischen Beziehungen, während parallel dazu die Sowjetunion gegenüber Japan Einwände bezüglich der Normalisierung der Beziehungen zwischen Tokio und Peking (beim Besuch des Präsidenten des japanischen Oberhauses Kenzo Kono) zum Ausdruck brachte (AP 19. 1. 72).

Der Streit um die Senkaku-Inseln erhielt durch eine Rede des Außenministers Takeo Fukuda am 4. Januar mit der Behauptung, daß die Tiaoyü-Inselgruppe japanisch sei, neue Nahrung. China nahm dies zum Anlaß, seinen Anspruch auf diese Inseln zu bekräftigen und Japan der „Aggression und Annexion“ zu beschuldigen (Radio Peking IS 13. 1. 72).

Gegenüber einer japanischen Parlamentarier- und Gewerkschaftlerdelegation erklärte Chou En-lai am 21. Januar, daß China bereit sei, mit Japan einen nuklearen Nichtangriffspakt abzuschließen, wenn sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten normalisiert hätten (AP nach Kyodo, 22. 1. 72).

In seiner Rede zur Eröffnung der Sitzungsperiode des Parlaments ging Ministerpräsident Sato erneut auf die Chinafrage ein und unterstrich Japans Interesse an einer Normalisierung mit China, die „dringend notwendig“ sei (JIJI-Press 1. 2. 72). Diese Ausführungen wurden von Peking als weiterer Beweis für die „Doppelzüngigkeit“ der Politik Satos gewertet und zum Anlaß genommen, ein weiteres Mal den Abbruch der Beziehungen zu Nationalchina zu fordern (Radio Peking, IS, 6. 2. 72).

Die Reise des amerikanischen Präsidenten Nixon nach China wurde von Japan mit großer Besorgnis verfolgt. Außenminister Fukuda gab am 27. Februar auf einer Pressekonferenz seiner Hoffnung Ausdruck, daß die „Atmosphäre für Entspannung in Asien“, die durch Nixons Reise geschaffen werde, auch die Normalisierung diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und China beschleunigen werde (JAT 28. 2. 72). Die Reaktion Satos auf das Kommuniqué vom 28. Februar war jedoch in mehr als nur einer Hinsicht überstürzt und bedeutete eine weitere Kursänderung der bisherigen Chinapolitik Japans. Vor der Budget-

Kommission des Unterhauses erklärte Sato am 28. Februar, daß „die einzig legitime Regierung Chinas die der VR China ist . . . und Taiwan ein Bestandteil der Volksrepublik China“ sei. Er führte weiter aus, daß Japan die Absicht habe, die „Fünf Prinzipien“ Chou En-lais für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten anzuerkennen und machte den Vorschlag, die VR China solle als Rechtsnachfolger in den 1952 mit Taiwan geschlossenen Friedens- und Freundschaftsvertrag eintreten (SWBFE Nr. 3928, 1. 3. 72). Auf heftige Kritik der Opposition zog Sato diesen Vorschlag zugunsten eines „neu auszuhandelnden Friedensvertrages“ gleich wieder zurück. Die Äußerungen Satos wurden von Außenminister Fukuda wenige Tage später dahingehend richtiggestellt, daß Japan auch künftig an seiner Politik gegenüber Nationalchina festhalten werde, die „Taiwanfrage“ als solche ein innerchinesisches Problem sei.

Südkorea. Auch Südkorea konnte sich der Entwicklung in der internationalen Politik „auf China zu“ nicht entziehen und versuchte bereits im November 1971, die eigene China-politik auf die veränderten Gegebenheiten einzustellen. Wie Außenminister Kim Yon-sik erklärte, ist Korea „im Prinzip bereit . . . zu allen Korea nicht feindlich gesinnten Ländern, zu Rotchina Handelsbeziehungen aufzunehmen. . . die Regierung . . . ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß direkte oder indirekte Handelsbeziehungen zu Rotchina in keiner Weise für Korea schädlich sein werden“ (Haptong 16. 11. 71). Von Peking wurde diese Initiative nicht honoriert, statt dessen erfolgte im Zusammenhang mit dem am 6. Dezember 1971 in Südkorea verhängten Notstand eine heftige Attacke gegen die Politik von Park Chung-hee, in der diese Maßnahme als „Verbrechen gegen das koreanische Volk“ in aller Schärfe verurteilt wurde (HNA Nr. 5040, 9. 12. 71).

Philippinen. Die Regierung in Manila, die diplomatische Beziehungen zu Nationalchina unterhält, ist ebenfalls bemüht, mit Peking Kontakt aufzunehmen.

Mitte Dezember 1971 traf eine 28köpfige Kultur- und Erziehungsdelegation aus den Philippinen in Peking ein, die zuvor auch Shanghai besucht hatte (HNA Nr. 5045, 14. 12. 71). Offiziösen Charakter dagegen hatte der Besuch von Benjamin Romualdez, des Gouverneurs der Provinz Leyte (ein Bruder der Frau von Präsident Marcos), vom 6. bis 13. Februar 1972 in Peking, der als Sonderbotschafter des Präsidenten und Gast des chinesischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten am 13. Februar zu einem zweistündigen Gespräch mit Premier Chou En-lai zusammentraf, bei dem über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten verhandelt wurde (JAT 15. 2. 72). Während dieses Gesprächs soll Romualdez versichert worden sein, daß China keiner aufständischen Gruppe auf den Philippinen finanzielle oder moralische Hilfe zukommen lassen werde (TST 21. 2. 72). Gleichzeitig wurde dem Botschafter deutlich gemacht, daß Peking vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen den Philippinen und Taiwan allenfalls zur Aufnahme kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen mit Manila bereit sei (TST 25. 2. 72).

Am 12. Februar verabschiedete der außenpolitische Rat der Philippinen eine Empfehlung, die für die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit kommunistischen Staaten, einschließlich Chinas, eintrat (TST 15. 2. 72). Kurz darauf, am 16. Februar, wurde der Landwirtschaftsminister der VR China offiziell zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des „International Rice Research Institute“ (IRRI) am 10. April in Manila eingeladen, was im Falle der Annahme den ersten Besuch eines hohen chinesischen Beamten auf den Philippinen seit 1949 bedeuten würde (JAT 16. 2. 72).

Südostasien

Birma. Die chinesisch-birmanischen Beziehungen haben sich nach der Abkühlung während der Kulturrevolution in China sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht zunehmend normalisiert. Im Dezember 1971 hielt sich eine chinesische Experte-delegation für Leichtindustrie in Rangun auf (Radio Rangun 30. 12. 71). Zum 24. Jahrestag der Unabhängigkeit gratulierte am 3. Januar Premier Chou En-lai und drückte dabei den Wunsch aus, daß sich „die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen China und Birma ständig entwickeln“ (HNA Nr. 5046, 4. 1. 72).

Indonesien. Die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Indonesien, die als Folge des Putschversuchs der KP Indonesiens vom September 1965 unterbrochen sind,

werden möglicherweise bald wieder aufgenommen. Wie Außenminister Malik Ende Dezember 1971 erklärte, sei Indonesien besonders nach der Aufnahme Pekings in die UNO an einer Aufnahme der Beziehungen zu Peking interessiert, wenn es sich dafür auch „Zeit lassen“ werde (SCMP 30. 12. 71).

Kambodscha. Zwischen den Regierungen in Phnom Penh und Peking bestehen seit dem Sturz des Prinzen Sihanouk keine offiziellen Beziehungen mehr. Peking hat statt dessen die Exilregierung Sihanouks (Sitz in Peking) anerkannt und unterstützt aktiv die kambodschanische Befreiungsbewegung, während es die Regierung Kambodschas attackiert. In diesem Kontext sind die Warnungen Pekings an die in der ASEAN zusammengeschlossenen Staaten vor einer Wirtschaftshilfe für Kambodscha zu verstehen (Antara 18. 1. 72). Durch Peking verurteilt wurde auch das am 19. Januar 1972 zwischen Thailand und Kambodscha unterzeichnete Grenzsicherheitsabkommen, das als „unverschämter Akt der Aggression und als Kriegsprovokation ... gegen das kambodschanische Volk“ bezeichnet wurde (HNA Nr. 5088, 28. 1. 72).

Demgegenüber erfreut sich Prinz Sihanouk nach eigenen Aussagen (in einem Interview mit A. Casella) der „vollen Unterstützung“ Pekings. Nach Sihanouk würde Chou En-lai gegenüber Nixon erklären, „daß das kambodschanische Volk seine Probleme allein regeln möchte“ (FEER Nr. 52/71, S. 19–21). Am 11. Februar wurde zwischen China und der Exilregierung ein Abkommen über chinesische Wirtschafts- und Militärhilfe unterzeichnet, das die Aussagen Sihanouks über die „den Erfordernissen Kambodschas angemessene Hilfe“ durch China zu bestätigen scheint (HNA Nr. 5103, 12. 2. 72).

Laos. Die Regierung des Prinzen Souphanouvong in Nordlaos erfährt ebenso wie die kommunistische Pathet-Lao-Bewegung aktive Unterstützung Pekings in ihrem Kampf zur „Befreiung“ Indochinas, der sich gleichermaßen gegen Südvietnam, Kambodscha und Thailand richtet. Zum 16. Jahrestag der Gründung der patriotischen Front von Laos lobte Chou En-lai in einer Botschaft an Souphanouvong die „ausgezeichnete revolutionäre Situation“ (HNA Nr. 5066, 6. 1. 72). Über die Vorgänge in Laos selbst wird sowohl durch die Nachrichtenagentur „Hsinhua“ als auch die „Jen-min Jih-pao“ regelmäßig berichtet (vgl. JMJP 5. und 15. 1. 72). Im Rahmen eines 1962 unterzeichneten Wirtschaftshilfeabkommens zwischen Laos und China wird derzeit eine angeblich dreispurige Allwetterstraße von der chinesischen Provinz Yünan durch Nordkorea bis unmittelbar an die thailändische Grenze gebaut, die kurz vor der Vollendung stehen soll (NZZ 17. 2. 72).

Malaysia. Die Regierung in Kuala Lumpur verfügt zwar nicht über diplomatische Beziehungen zu Peking, doch wurde im August letzten Jahres ein Handelsabkommen mit China abgeschlossen. Im Rahmen dieses Abkommens wurden nach Angabe des Vorsitzenden der staatlichen Handelsgesellschaft, Tengku Razaleigh, bis Ende November mehr als 30 000 t Gummi an China geliefert (Financial Times 1. 12. 71). Am 21. Januar reiste Razaleigh überraschend zu Handelsgesprächen nach Peking, bei denen vor allem über die Beseitigung von Schwierigkeiten durch Importe über Hongkong und Singapur gesprochen werden sollte (TST 21. 2. 72). Von den Ergebnissen dieser Gespräche wurde bekannt, daß Peking Zucker an Malaysia liefern wird und die Genehmigung zur Eröffnung von Konten bei der Bank of China an vier malaysische Banken erteilte (JAT 21. 2. 72, TST 25. 2. 72).

Singapur. Zur Unterstützung Singapurs (und Malaysias) bei ihrem Versuch das Monopol der „Far Eastern Freight Conference“ zu brechen, hat die China National Chartering Corp. Singapur fünf Schiffe zur Verfügung gestellt, von denen drei in Griechenland gechartert worden sein sollen. Durch diese Hilfe konnte die Route zwischen Singapur und Europa wieder aufgenommen und seine Senkung der Frachtgebühren vorgenommen werden (TST 4., 24., 29. 2. 72).

Thailand. Ebenso wie in Kambodscha unterstützt Peking auch in Thailand die thailändische Befreiungsbewegung, während die Regierung im Kreuzfeuer chinesischer Kritik steht. Über die Erfolge der Befreiungsbewegung berichtete Peking regelmäßig und attackiert andererseits die Rolle Bangkoks im Indochinakrieg, so vor allem die Entsendung „thailändischer Vasallentruppen nach Kambodscha und Laos“ (JMJP 18. 1. 72). Anfang Februar

wurden erneut in der Nähe der thailändisch-laotischen Grenze in kommunistischen Stützpunkten Schnellfeuerwaffen und Raketengeschosse chinesischen Ursprungs gefunden (TST 8. 2. 72) (siehe auch unter Kambodscha).

Nordvietnam. (Vgl. dazu auch VR China/USA sowie Südostasien/Vietnamkrieg.) Bedingt durch den Krieg in Indochina wird die Regierung in Hanoi nicht nur von Peking und Moskau unterstützt, sondern ist gleichzeitig Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten. Der Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon in China wurde in Hanoi wegen befürchteter Abmachungen über den Vietnamkrieg mit größtem Mißtrauen und offensichtlicher Besorgnis verfolgt. Peking bemühte sich zwar klarzustellen, daß derartige Befürchtungen Hanois nicht angebracht seien, doch zeigen die während des Nixon-Besuchs veröffentlichten anti-amerikanischen und gegen Nixon selbst gerichteten Polemiken Hanois deutlich die nordvietnamesische Mißstimmung, die mit Sicherheit auch durch Moskau gefördert wird.

Anfang Dezember besuchte eine Delegation Nordvietnams unter der Leitung von Pham Van Dong Peking (HNA Nr. 5043, 12. 12. 71) und am 5. Dezember wurde in Peking ein Abkommen über den Handels- und Zahlungsaustausch für 1972 unterzeichnet, ebenso ein Protokoll über die Versorgung Vietnams mit kompletten Projekten in Ausfüllung eines Abkommens vom 27. September (HNA Nr. 5037, 6. 12. 71). Am 22. Januar wurde zwischen beiden Staaten ein Protokoll über „weitere unentgeltliche chinesische Lieferungen militärischer Ausrüstungen und wirtschaftlicher Güter“ an Nordvietnam im Jahre 1972 unterzeichnet (HNA Nr. 5083, 23. 1. 72). Unstimmigkeiten zwischen Hanoi und Peking wurden auch durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Hanoi und Indien Mitte Januar deutlich, was darauf hinweist, daß in Hanoi die Meinung Pekings über die Vorgänge in Ostpakistan nicht geteilt wurden. Darüber hinaus wurde bezeichnenderweise während des Besuchs von Nixon eine Kundgebung anlässlich des „183. Jahrestages des Sieges über die chinesischen Invasoren“ in Nordvietnam abgehalten (TASS 25. 2. 72).

Südvietnam. Während zur Regierung in Saigon selbst keinerlei Kontakte bestehen, unterhält Peking enge Verbindungen mit der südvietnamesischen Befreiungsfront. So gratulierte Peking (wie auch Moskau) zum 11. Jahrestag der Gründung dieser Befreiungsbewegung, die „in hartem Kampf gegen die US-Aggressoren ... unzählige Siege errungen und ein prachtvolles Kapitel in der Geschichte des Volkskrieges aufgeschlagen hat...“ (HNA Nr. 5051, 20. 12. 71). (Zur Reaktion Saigons auf das chinesisch-amerikanische Kommuniqué vgl. VR China/USA.)

Südastien

Pakistan. (Zur Haltung Pekings im Konflikt zwischen Indien und Pakistan vgl. Südastien/Pakistankonflikt.)

Anlässlich der Übernahme seines Amtes wurde Präsident Z. A. Bhutto von Chou En-lai beglückwünscht, wobei er ein weiteres Mal die Unterstützung Chinas für Pakistan in „seinem gerechten Kampf gegen die ausländische Aggression“ zum Ausdruck brachte (HNA Nr. 5054, 23. 12. 71). Nahezu gleichzeitig (als Reaktion auf die Einsetzung einer Regierung von Bangla Desh) wurde die Schließung des chinesischen Konsulats in Dacca bekanntgegeben (JAT 25. 12. 71), am 24. Januar erfolgte die Auflösung des Konsulats (Radio Peking, IS 26. 1. 72). Anfang Januar fanden chinesisch-pakistanische Gespräche über eine Steigerung der Wirtschaftshilfe und anderer Hilfeleistungen Chinas statt. Am 31. Januar traf Bhutto in Begleitung u. a. der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und des Außenministers in Peking zu einem Staatsbesuch ein (HNA Nr. 5092, 1. 2. 72). Während der Gespräche in Peking wurde die „tiefe traditionelle Freundschaft zwischen den beiden Völkern“ gepriesen und die Unterstützung Chinas für Pakistan bekräftigt, wohingegen Indien und die Sowjetunion wegen ihrer Politik heftig attackiert wurden (HNA Nr. 5092, 1. 2. 72). Präsident Bhutto wurde während seines Besuchs auch von Mao Tse-tung selbst empfangen (HNA Nr. 5093 2. 2. 72). Das Abschlußkommuniqué bekräftigte die oben erwähnten Standpunkte beider Seiten, wobei der Passus über das „berechtigte Ringen der Bevölkerung von Jammu und Kashmir um das Selbstbestimmungsrecht“ bedeutungsvoll ist (HNA Nr. 5094, 3. 2. 72). Chou En-lai soll Bhutto auch die kostenlose Lieferung von Waffen

und zinslose Rückzahlung chinesischer Kredite (TST 3. 2. 72, NZZ 5. 2. 72) sowie die Lieferung von textilverarbeitenden Maschinen zur Modernisierung der pakistanischen Textilfabriken angeboten haben (JAT 21. 2. 72).

Bangla Desh. Nach der erwähnten Schließung des chinesischen Konsulats in Dacca kam es Mitte Februar zwischen China und der Regierung von Bangla Desh zu ersten Kontakten über die Repatriierung der Bengalen in China (die zur pakistanischen Botschaft gehören) (Dawn 18. 2. 72).

Indien. (Zur Haltung Chinas gegenüber Indien im Konflikt mit Pakistan vgl. Südasien/Pakistankonflikt.)

Nachdem Chou En-lai Mitte November 1971 Indira Ghandi für Glückwünsche zur Aufnahme in die Vereinten Nationen und das Votum Indiens gedankt und die Hoffnung ausgedrückt hatte, daß die Freundschaft zwischen beiden (seit dem Grenzkrieg von 1962 verfeindeten) Ländern „täglich wachsen und sich entwickeln“ möge, wurden die Beziehungen zwischen beiden Staaten durch den Konflikt um Ostpakistan nachhaltig getrübt. Ein chinesischer Protest gegen angebliche indische Grenzverletzungen am 10. Dezember (HNA Nr. 5048, 17. 12. 71) – der von Indien sofort zurückgewiesen wurde (All India Radio HS 16. 12. 71) – schien einen Moment lang die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen beiden Staaten anzudeuten. Statt dessen eskalierte Peking seine Propaganda gegen die indische Regierung, protestierte gegen antichinesische Demonstrationen in Neu Delhi (HNA Nr. 5051, 20. 12. 71), appellierte an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, Schritte gegen die indischen Streitkräfte wegen ihrer „blutigen Greuelthaten und Massaker an der pakistanischen Bevölkerung“ zu ergreifen (HNA Nr. 5057, 28. 12. 71), warf Indien schließlich „Expansionsgelüste“ in Tibet und die Anstiftung des Dalai Lama zu „verbrecherischen subversiven Aktivitäten gegen China“ vor (HNA Nr. 5057, 28. 1. 72). Neben wiederholten Aufforderungen an Indien, seine Truppen aus Ostpakistan abzuziehen (HNA Nr. 5091, 31. 1. 72), beschuldigte Peking Moskau der wirtschaftlichen Infiltration und Expansion in Indien. Demgegenüber erklärte Indira Ghandi Mitte Februar in einem Interview mit der „New York Times“, daß Indien eine Verbesserung seiner Beziehungen sowohl zu den Vereinigten Staaten als auch zu China anstrebe.

Ceylon. Nach der kurzzeitigen Trübung der chinesisch-ceylonesischen Beziehungen wegen der linksextremistischen Umtriebe in Ceylon im vergangenen Jahr konnte im Berichtszeitraum eine Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten festgestellt werden. Am 29. Dezember 1971 wurde ein Paketpostabkommen unterzeichnet (HNA Nr. 5059, 30. 12. 71), und Mitte Februar wurde das (seit 21 Jahren bestehende) Handelsabkommen um ein weiteres Jahr verlängert. Indien wird im Rahmen dieses Abkommens 200 000 t Reis kaufen und 39 000 t Kautschuk an China liefern. Außerdem trafen Mitte Februar die ersten zwei von insgesamt sieben chinesischen durch Kredite finanzierten Schnellboote in Colombo ein (AFP 12. 2. 72, NZZ 16. 2. 72).

Nepal. Seit dem Sieg Indiens über Pakistan scheint Nepal mehr denn je in China eine Garantie für die Unabhängigkeit seines Staates zu sehen (FEER Nr. 1/72, S. 6–7). Neben Straßenbauprojekten hilft China bei der Ausbeutung von Bodenschätzen und der Errichtung einer Textilindustrie. Mitte Januar wurde in Kathmandu ein Protokoll zum Bau einer Sporthalle durch China unterzeichnet (Radio Peking, IS 17. 1. 72). Chou En-lai und Tung Pi-wu übersandten ein Beileidstelegramm zum Tode des Königs von Nepal ebenso wie ein Glückwunschtelegramm zur Inthronisierung des neuen Monarchen (HNA Nr. 5095, 4. 2. 72).

Afghanistan. Abgesehen von einem Empfang des chinesischen Botschafters in Kabul, Hsieh Pang-chih, bei König von Afghanistan Ende Dezember 1971 ergab sich keine erwähnenswerte Entwicklung im Verhältnis beider Staaten.

e) Volksrepublik China/Afrika

Die VR China betreibt eine außerordentlich aktive und intensive Afrikapolitik, der sowohl eine wirtschaftliche als auch eine politische Motivation zugrunde liegt. Dies ergibt sich

aus dem regen Delegationsaustausch zwischen China und Afrika, den zahlreichen Abkommen sowie den zunehmenden Anerkennungen Pekings durch afrikanische Staaten (vgl. im einzelnen die monatliche Chronik VR China/Afrika im IAF).

Die Schwerpunkte der chinesischen Afrikapolitik waren im Berichtszeitraum der Sudan in Nordafrika, Guinea in Westafrika, Tansania in Ostafrika sowie Sambia in Südafrika.

Zu den bedeutsamsten Ereignissen gehört die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Senegal am 7. Dezember und die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Ghana am 29. Februar, die seit dem Februar 1966 unterbrochen waren (SWBFE Nr. 3929, 1. 3. 72).

Nordafrika

Im Mittelpunkt des chinesischen Interesses in Nordafrika steht der *Sudan*, was besonders seit dem mißlungenen Putschversuch gegen Präsident Numeiri im Juli 1971 gilt (vgl. dazu „Die außenpolitischen Implikationen des Umsturzes im Sudan“ IAF Nr. 1/1972). Konkrete Ergebnisse der Intensivierung der Beziehungen Karthoum-Peking sind der Besuch einer sudanesischen Regierungsdelegation unter Leitung von Vizepräsident Generalmajor K. H. Abbas im Dezember in Peking, bei dem ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet wurde (HNA Nr. 5052, 21. 12. 71). Im Rahmen dieser Vereinbarung wird China mehrere Bauvorhaben im Sudan finanzieren, die medizinische Hilfe verstärken und 65 Wasserfachleute in den Sudan entsenden (Radio Omdurman 18. 1. 72). Zusätzlich wurde am 24. Januar ein Protokoll über die „Stärkung der Beziehungen zwischen den Streitkräften des Sudan und der chinesischen Armee“ unterzeichnet (Mena 24. 1. 72).

Die Beziehungen der VR China zu *Ägypten* erfahren durch die dominierende Position der Sowjetunion eine zwangsläufige Begrenzung. Die bereits für Ende Januar geplante China-reise des damaligen Außenministers Riad wurde, bedingt durch die Regierungsumbildung in Ägypten, wiederholt verschoben und ist nunmehr für Anfang März geplant (Mena 18. 2. 72).

Der neue Botschafter Chinas für *Tunesien*, Hou Yeh-fen, trat im Februar seinen Dienst in Tunis an und überreichte dort am 27. 2. sein Beglaubigungsschreiben (HNA Nr. 5118).

Relevante Meldungen über die Beziehungen der VR China zu den anderen Staaten Nordafrikas für den Berichtszeitraum liegen nicht vor.

Westafrika

Mit dem *Senegal* unterzeichnete China am 7. Dezember eine Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, das insofern von Bedeutung ist, als es die „weiche Taiwanformel“ enthält (PR Nr. 51/71, S. 4).

Mit *Sierra Leone* war bereits am 29. Juli 1971 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart worden; am 9. Dezember überreichte der erste Botschafter Sierra Leones in China, R. E. K. Taylor-Smith sein Beglaubigungsschreiben (HNA Nr. 5041, 10. 12. 71). Im Rahmen eines Abkommens mit Peking über technische Hilfe für die Landwirtschaft trafen am 16. Februar zwölf chinesische Experten in Sierra Leone ein (Radio Freetown 14. 2. 72).

Guinea ist einer jener Staaten Afrikas, die es verstehen, aus der sino-sowjetischen Rivalität Kapital für sich zu schlagen und von beiden Seiten Hilfe anzunehmen. Nachdem bereits im November eine Regierungsdelegation aus Conakry die Volksrepublik besuchte, hielt sich vom 26. Januar bis zum 6. Februar eine weitere Delegation unter der Leitung des Außenhandelsministers Aboubacar Kouatey in Peking auf, wo am 5. Februar ein Handelsprotokoll für 1972 unterzeichnet wurde (HNA Nr. 5097, 6. 2. 72). Gleichzeitig hielt sich übrigens ein anderes Mitglied des Kabinetts von Guinea, Wen'Famara Keita, zu Verhandlungen in der Sowjetunion auf (TASS 10. 2. 72).

Zentralafrika

Die Staaten Zentralafrikas waren bisher Einflußgebiet Nationalchinas, ein Umstand, der die Aktivität Pekings in diesem Raum beschränkte. Durch die Aufnahme diplo-

matischer Beziehungen zu *Äquatorial-Guinea* und *Kamerun* im letzten Jahr konnte Peking seine Position erheblich ausbauen, doch ergab sich daraus bisher keine Intensivierung der Beziehungen Chinas zu diesen Staaten. Eine Sonderstellung in Zentralafrika nimmt die Volksrepublik *Kongo* ein, die China ideologisch nahesteht und über gute wirtschaftliche Beziehungen zu Peking verfügt. Dabei ist die Regierung in Brazzaville flexibel genug, auch von Moskau wirtschaftliche Hilfe anzunehmen und aus dem „friedlichen Wettstreit“ zwischen chinesischen und sowjetischen Experten in ihrem Land zu profitieren. Jüngstes Beispiel dafür ist der Abschluß von Militärabkommen zwischen dem Kongo mit der Sowjetunion und China am 15. Februar (Radio Brazzaville 17. 2. 72).

Ostafrika

Dieser Teil Afrikas steht langfristig im Vordergrund der chinesischen Politik gegenüber dem schwarzen Kontinent. Abgesehen davon, daß nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Burundi 1971 nunmehr alle Staaten Ostafrikas Peking anerkannt haben, konnte China durch den Staatsbesuch des äthiopischen Kaisers Haile Selassie im Oktober 1971 einen großen Erfolg für sich verbuchen. Darüber hinaus stellt das Tanzam-Eisenbahn-Projekt eine wirtschaftliche und technische Leistung Chinas sondergleichen dar, die auf Grund seiner Bedeutung für den süd- und ostafrikanischen Bereich von Peking auch in politische Münze umgesetzt werden kann.

Im Mittelpunkt des chinesischen Interesses aber steht *Tansania*. Anfang Dezember 1971 hielten sich gleichzeitig mehrere chinesische Regierungsdelegationen zur Feier des 10. Unabhängigkeitstages von Tanganjika in Tansania auf. Eine von ihnen stand unter der Leitung des chinesischen Verkehrsministers Yang Chieh, der zur fünften Gesprächsrunde über die Tanzam-Eisenbahn auch Sambia besuchte (HNA Nr. 5049, 18. 12. 71). Während dieser Gespräche wurde vereinbart, 200 Arbeiter aus Tansania und Sambia nach China zur Ausbildung in Wartung und Bedienung der Eisenbahn zu schicken (Tanjug 6. 1. 72).

Die gleiche Delegation unter Führung von Yang Chieh hielt sich vom 26. bis 30. November 1971 in *Burundi* zu den Feiern zum fünften Jahrestag der Gründung der Republik auf (HNA Nr. 5034, 3. 12. 71). Vom 1. bis 12. Januar 1972 besuchte eine Delegation aus Burundi Peking zu Verhandlungen über den gegenseitigen Handelsaustausch. Am 6. Januar wurde ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet (HNA Nr. 5067, 7. 1. 72). Die Delegation reiste anschließend auch nach Nordkorea, wo am 18. Januar ebenfalls ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet wurde (SWBFE Nr. 3984). Anfang Februar traf der chinesische Geschäftsträger für Burundi in Bujumbura ein, wo er am 15. 2. sein Beglaubigungsschreiben überreichte (HNA 16. 2. 72).

Somalia ist wiederum einer der Staaten Afrikas, in der die Rivalität zwischen China und der Sowjetunion deutlich zum Ausdruck kommt. Nachdem Ende Oktober eine chinesische Delegation Somalia besuchte, reiste der somalische Präsident, Generalmajor Siyad, im November zu einem offiziellen Besuch nach Moskau, während Anfang Dezember eine andere chinesische Delegation in Mogadiscio Verhandlungen über den Bau der Tarmac-Schnellstraße führte (Radio Mogadiscio 5. 12. 71). Nur wenig später, am 6. Dezember wurde in Moskau ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Somalia ratifiziert (TASS 8. 12. 71).

Zwischen China und *Uganda* ergaben sich im Herbst 1971 wegen der Grenzstreitigkeiten Ugandas erhebliche Unstimmigkeiten, deren Bereinigung sehr im Interesse Ugandas lag, wie eine Einladung des Präsidenten Amin an Mao Tse-tung zu den Feierlichkeiten des Ersten Jahrestages der zweiten Republik am 25. Januar nach Uganda bewies (Radio Kampala 1. 12. 71).

Südafrika

Die bereits bei Tansania erwähnte Regierungsdelegation unter Yang Chieh besuchte im Dezember 1971 auch Sambia, was Präsident Kaunda zum Anlaß nahm, China und den „Geist des Verlassens auf die eigene Kraft, die Philosophie, die die Konstruktion der Eisenbahn bestimmt“ zu loben (SWBME Nr. 3883).

Malawi, das sich bisher gegen eine Einflußnahme sowohl der Sowjetunion als auch Chinas in seinem Land erfolgreich zu wehren wußte, richtete im Januar als Replik auf einen Bericht der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass – in dem behauptet wurde, daß Malawi seinen Handel und seine Wirtschaft „ausländischen Interessen“ unterordne – heftige Vorwürfe gegen Peking und Moskau und verbat sich eine Einmischung der Sowjetunion und ihrer „dubiosen kommunistischen chinesischen Verbündeten“ (SWBME Nr. 3884).

Die jüngste Entwicklung in der Rhodesienfrage nahm in der chinesischen Presse breiten Raum ein. Peking wendet sich entschieden gegen das am 25. November zwischen Großbritannien und Rhodesien geschlossene Abkommen zur Beilegung der Differenzen um die rhodesische Verfassung und sieht in dieser Vereinbarung eine „flagrante Verletzung der Rechte des afrikanischen Volkes“, ein „schmutziges Geschäft“, das in unmittelbarem Zusammenhang mit einer britischen Anleihe von 50 Mio Pfund an die Regierung Smith gebracht wird (vgl. dazu die Chronik VR China/Afrika im IAF Nr. 1/72, S. 37). Im gleichen Tenor wurden auch verschiedene Leitartikel in der Jen-min Jih-pao, dem Organ der KP Chinas veröffentlicht, in denen der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß „der gerechte Kampf des Volkes von Zimbabwe seinen Sieg und die Unabhängigkeit gewinnen wird“ (JMJP 5. 12. 71). Die in ihrem Inhalt gleichbleibende Polemik wurde bis zum Ende des Berichtszeitraums fortgesetzt.

II. Republik China (Taiwan)

a) Innenpolitik

Die Republik China, wie der offizielle Name für die von Chiang Kai-shek geführte Regierung der Kuo Min-tang Partei lautete, die nach dem Sieg Maos auf die Insel Taiwan flüchtete, wurde in ihrem Selbstverständnis und dem Anspruch auf Herrschaft über ganz China sowohl durch den Ausschluß aus den Vereinten Nationen als auch durch den Besuch Nixons in China erheblich erschüttert. Eine der Reaktionen der Regierung war es, für 1972 Neuwahlen (die ersten seit 1947) durchführen zu lassen. Die Gründe dafür lagen in dem Umstand, daß die politische Führungsschicht überaltert ist (Durchschnittsalter der Parlamentsmitglieder 68 Jahre) und daß 85 Prozent der Bevölkerung Nationalchinas Taiwanesen sind, die durch diese Wahlen stärker an den Regierungsgeschäften beteiligt werden sollen. Anfang März soll das zehnte Zentralkomitee der Kuo Min-tang in Taipeh seine dritte Plenartagung abhalten, um die Kandidaten für das Amt des Präsidenten und seines Stellvertreters bei den fünften Präsidentschaftswahlen aufzustellen. (Zur Reaktion auf den Besuch Nixons vgl. VR China/USA.)

b) Wirtschaftspolitik

Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung werden in Nationalchina nachteilige Folgen durch die Chinapolitik der USA und die Forderung Pekings auf Abbruch der Hilfe der Vereinten Nationen für Nationalchina erwartet. Für 1971 jedenfalls schloß die außenpolitische Bilanz mit einem neuen Rekord ab, da der Außenhandelsüberschuß 189 Mio. US-Dollar, das Vierfache des Jahres 1970 erreichte (JAT 1. 1. 72). Das Bruttosozialprodukt stieg im letzten Jahr um 11,4 Prozent und betrug 6,3 Mia. US-Dollar, das Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich von 293 Dollar im Jahre 1970 auf 329 Dollar 1971. Die Wachstumsraten für die Industrie beliefen sich auf 22 Prozent, für die Landwirtschaft auf 2,5 Prozent, für die Produktion von Kohle und Elektrizität auf 14,8 und für den Bergbau auf 2,2 Prozent (NZZ 23. 2. 72).

c) Außenpolitik

Auch die Außenpolitik Nationalchinas wurde in großem Maße von der Entwicklung der internationalen Politik in der Chinafrage beeinflusst. Eine Hinwendung zu einer mehr pragmatischen Linie scheint dabei nach den Worten des Außenministers Chow Shu-kai von Mitte Januar zu beinhalten, daß „eine gewisse Form von Kontakten zu kommunistischen

Ländern, deren Einstellung nicht freundlich gegenüber der VR China ist“, aufgenommen werden könnte (TST 20. 1. 72), womit durchaus die Sowjetunion in Verbindung gebracht werden kann. Der mit großer Sorge betrachtete Besuch Präsident Nixons sowie das abgeschlossene Kommuniqué wurden mehrfach kritisiert (vgl. auch VR China/USA), wobei Chow Shu-kai erklärte, ihn erinnere dieses Kommuniqué an das „Münchener Abkommen“ von 1938 (SZ 2. 3. 72).

Japan. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten, die durch einen 1952 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag fundiert sind, durchlaufen derzeit einen Tiefpunkt, der zum einen durch die japanische Unsicherheit bezüglich ihrer eigenen Chinapolitik, zum anderen aber auch durch den Streit um die Senkaku-Inseln bedingt ist. Aus diesem Anlaß protestierte die japanische Regierung Mitte Februar bei der Botschaft der Republik China in Tokio gegen den Entschluß der Regierung, die Senkaku-Inseln unter Verwaltungskontrolle des Kreises Yilan/Nationalchina zu stellen (JAT 19. 2. 72) (Vgl. auch VR China/Japan).

Vereinte Nationen. Anfang Dezember wurde Nationalchina auch aus der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) ausgeschlossen. Prinzipiell brauchte die Atombehörde gemäß ihren Statuten die Beschlüsse der Vereinten Nationen nicht automatisch zu übernehmen, da sie im Unterschied zu anderen UN-Organisationen autonom ist.

Sonstige. Als neuer Gesandter Nationalchinas auf den Philippinen wurde der frühere ständige UN-Vertreter Liu Chieh benannt (SCMP 28. 12. 71). Neuer Botschafter in Venezuela wurde Wang Chin-chen (Pr Lat 16. 2. 72). Nationalchina kündigte außerdem seine Teilnahme an der südafrikanischen internationalen Messe, die am 21. März in Johannesburg eröffnet wird, an (JAT 4. 2. 72).